



Foto: luxorphoto/Adobe Stock

Armut bedeutet nicht allein wenig Einkommen, sondern außerdem eine nur geringe wirtschaftliche, soziale, und politische Teilhabe.

Monatelangen Streit beendet – konkrete Ausgestaltung bleibt hinter Erwartungen zurück

Einigung bei Kindergrundsicherung

Viele Monate hatte die Ampelkoalition über die Kindergrundsicherung gestritten. Kurz vor der Kabinettsklausur Ende August erzielte sie dann doch eine Einigung. Der SoVD begrüßt das Ende des öffentlich ausgetragenen Konfliktes, ist jedoch vom Ergebnis der Debatte enttäuscht: „Die geplanten 2,4 Milliarden Euro für 2025 reichen bei Weitem nicht. Das kann nur der Grundstein für eine Kindergrundsicherung von morgen sein!“, kommentiert SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.

Um mehr Kinder aus der Armut zu holen, soll die Kindergrundsicherung bisherige Zahlungen wie das Kindergeld, Leistungen aus dem Bürgergeld für Kinder oder den Kinderzuschlag künftig bündeln. Mit dem sogenannten Kindergrundsicherungs-Check will man zudem Familien erreichen, die wegen Unkenntnis oder bürokratischer Hürden ihnen zustehende Gelder nicht abrufen.

Über das im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben hatte sich allerdings ein Dauerstreit zur

Finanzierung entwickelt. Dabei ging es nicht allein um die Mittel für die Kindergrundsicherung, sondern auch um die Frage, ob der Staat darüber hinaus Geld für Leistungserhöhungen bereitstellen sollte. Während Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) zunächst zwölf Milliarden Euro pro Jahr für die Gesamtfinanzierung veranschlagte und später von sieben Milliarden Euro sprach, wollte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nur zwei Milliarden Euro bereit-

stellen. Lindner äußerte zuletzt auch generelle Zweifel: Von Kinderarmut seien vor allem Familien betroffen, die nach 2015 nach Deutschland eingewandert sind, so der Finanzminister. „Hilft man ihnen am besten dadurch, dass man den Eltern mehr Geld aufs Konto überweist?“, fragte Lindner am „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ wörtlich. Für die Äußerung erntete er viel Kritik.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Institutes für **Fortsetzung auf Seite 2**

Anzeige

Sicherheit für ein aktives Leben.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. erhalten Sie exklusive Konditionen

Die ERGO Unfallversicherung sorgt dafür, dass Ihre Lebensqualität auch nach einem schweren Unfall erhalten bleibt. Mit finanziellem Schutz und persönlicher Beratung. Unsere Unfallversicherung „Smart“ oder „Best“ können Sie ganz einfach um individuelle Bausteine erweitern.

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)
Vertriebsweg55plus-VKAHH@ergo.de

ERGO



Blickpunkt

In Neubrandenburg ersetzen Unbekannte eine Regenbogenfahne durch eine mit Hakenkreuz. An einer Schule im Spreewald machen Lehrkräfte rechtsextreme Vorfälle öffentlich und erfahren massivste Anfeindungen. In Thüringen erleben Mandatsträger*innen rassistische Bedrohungen via Internet und Aufmärsche lokaler Neonazis vor der Haustür – weil sie für demokratische Werte eintreten. Die Reihe ließe sich erschreckend mühelos fortsetzen.

Das Gedankengut dahinter findet sich in den Reihen der AfD. Doch die sieht sich in der Opferrolle – nicht

erst, seitdem sie der Verfassungsschutz beobachtet. Parteivorsitzende Alice Weidel wittert sich gar „als Oppositionspolitikerin bespitzelt“, habe sie doch „noch keinen Rechtsextremen in der AfD entdecken können“. Derweil verbreitet Björn Höcke, Anführer des aufgelösten völkisch-nationalen AfD-Flügels, im TV sein rechtsextrêmes Menschenbild.

Die AfD instrumentalisiert gesellschaftliche Missstände und die Not Schwächerer, um sich als Retterin aufzuspielen – ein Irrbild, wie eine Studie des Deutschen Instituts für

AfD-Wählenden nämlich Hauptleidtragende der eigenen Parteipolitik. Dreist behauptet die AfD hingegen, den Volkswillen zu vertreten, dem der Staat nicht im Wege stehen dürfe. Demokratisch gewählt bedeutet aber nicht automatisch demokratisch sein.

Der SoVD steht für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Für Hass auf Menschen, die nicht ins eigene Weltbild passen, ist dabei kein Platz. Es geht uns alle an: Lasst uns deshalb klare Kante zeigen!

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Vielfalt beim „tag des wir“

Landesverbände beteiligen sich an SoVD-Aktionstag
Seite 5



Pflege: Eigenanteil steigt ungebremst

Bündnis um den SoVD für Pflegevollversicherung
Seite 3



Konferenz von SoVD und ver.di

Rentenlücke im Alter für Frauen ein großes Problem
Seite 7



Affront wegen Plänen zur UPD

SoVD sieht Unabhängigkeit der Beratung gefährdet
Seite 4



Krankenschwester der Nation

Schauspielerin Gaby Dohm feiert 80. Geburtstag
Seite 24



Monatelangen Streit beendet – konkrete Ausgestaltung bleibt aus Sicht des SoVD hinter Erwartungen zurück

Einigung bei Kindergrundsicherung

Fortsetzung von Seite 1

Wirtschaftsforschung (DIW), sagte hierzu in einem Interview: „Keiner würde bezweifeln, dass eine Integration in den Arbeitsmarkt die beste Methode ist, dass Eltern gut verdienen, damit ihre Kinder nicht in Armut leben.“ Dies sei ein längerer Prozess, betonte Fratzscher. Von Armut betroffene Kinder bräuchten aber jetzt Lösungen, nicht erst in einigen Jahren.

Erst eine Woche zuvor hatte das DIW gemeinsam mit der Diakonie Deutschland eine Studie zu den Folgen von Kinderarmut vorgestellt. Demnach haben armutsbetroffene Kinder unter anderem ein höheres Risiko, gesundheitliche Probleme zu bekommen, als Kinder aus ökonomisch besser gestellten Familien.

Auch SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier bezog deutlich Position zu den Einwüfen des Finanzministers kurz vor dem Einigungstermin: „Um Kinderarmut zu verhindern, brauchen wir zwei Hebel: Es muss mehr Geld in armutsbetroffenen Familien ankommen. Das muss möglichst schnell geschehen. Und natürlich muss man auch



Foto: Clemens Bilan/EPA/pa

Stellte die Weichen: Lisa Paus.

langfristig investieren: in die Infrastruktur, zum Beispiel in Kitas und Schulen.“ Es sei nicht gut, „die beiden Teile gegeneinander abzuwägen oder gar auszuspielen“. Mit ihrem Statement wurde Engelmeier unter anderem in der Bild-Zeitung zitiert.

Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen tatsächlich einen Anstieg der Zahl ausländischer Kinder, die Hartz IV beziehungsweise heute Bürgergeld erhalten. Während es im Dezember 2010 noch etwa 305.000 Kinder

waren, waren es zwölf Jahre später, im Dezember 2022, bereits rund 884.000. Nach Angaben der BA erhielten im März 2023 als größte Gruppe rund 275.500 ukrainische Kinder und Jugendliche Bürgergeld. Die zweitgrößte Gruppe waren Kinder und Jugendliche aus Syrien. Ukrainische Kriegsflüchtlinge erhalten – anders als Asylbewerber*innen – unmittelbar Zugang zum deutschen Sozialsystem. Das erklärt den sprunghaften Anstieg.

Die Bertelsmann Stiftung, die sich seit Langem mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt, warnt allerdings davor, den statistischen Zusammenhang undifferenziert herzustellen. Auch vor 2015 habe es bereits einen Anstieg der Armut unter Kindern gegeben.

Im Januar hatte die Stiftung eine umfangreiche Studie zum Thema vorgelegt. Hier kommen die Wissenschaftler*innen zu dem Ergebnis, dass Kinderarmut in Deutschland seit Jahrzehnten vor allem ein strukturelles Problem, das nicht in erster Linie mit Zuwanderung zu tun hat.

Von Kinderarmut betroffen sind demnach oft Alleinerziehende und Familien mit drei oder



Foto: Bernd Elmenthaler/pa

Spart beim Geld: Christian Lindner.

mehr Kindern. Vollzeitjobs, die eine Familie ernähren, seien aber kaum möglich, wenn immer noch 400.000 Kita-Plätze in Deutschland fehlten, so die Ergebnisse. Der SoVD vertritt die gleiche Auffassung und hat die im Zuge der Kindergrundsicherung geplanten Verbesserungen deshalb frühzeitig als wichtigen Schritt im Kampf gegen Kinderarmut und für mehr Chancengerechtigkeit unterstützt.

Positiv ist aus Verbandssicht die nun bei der Einigung in letz-

ter Minute erzielte Entbürokratisierung zu bewerten. Auch dass Alleinerziehende – laut vorläufigem Referentenentwurf – künftig etwas besser gestellt werden sollen, ist ein erster, kleiner Fortschritt.

Der SoVD bemängelt jedoch, dass für Normalverdiener*innen oder armutsbetroffene Familien nahezu keinerlei Fortentwicklung vorgesehen ist. Menschen knapp über der Grundsicherungsschwelle erhielten weiterhin nur 250 Euro, das heutige Kindergeld. Dass es keine grundsätzliche Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums und keine generellen Leistungserhöhungen geben soll, heißt deshalb aus Sicht des SoVD nichts anderes als: Armutsbetroffene Familien bleiben arm.

„Dieser Kompromiss ist noch keine echte Antwort auf die strukturelle Problematik von Kinder- und Familienarmut in Deutschland“, resümiert Michaela Engelmeier. „Der Gesetzgeber ist gefordert, weitere Schritte festzulegen, wie langfristig eine wirklich armutsfeste Kindergrundsicherung gelingen kann.“

Veronica Sina

Für 2024 drohen höhere Kassenbeiträge

Erneuter Griff in die Taschen der Versicherten

Der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fehlen im nächsten Jahr bis zu sieben Milliarden Euro. Um diese Lücke zu schließen, soll es jedoch keine Zuschüsse des Bundes aus Steuermitteln geben. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) stellte daher schon jetzt steigende Beitragssätze in Aussicht.

Angesichts seiner Position auf anderen Feldern der Politik überrascht es wenig, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) der gesetzlichen Krankenversicherung Steuerzuschüsse vehement verweigert. Tatsächlich hatte auch der SoVD kurzfristige Finanzspritzen kritisiert und stattdessen grundlegende Maßnahmen zur Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert. Diese aber blieb die Bundesregierung bisher schuldig.

Da es auf der anderen Seite keine Einschränkung von Leistungen innerhalb der GKV geben soll, brachte Minister Lauterbach schon jetzt eine Anhebung des Beitragssatzes für das Jahr 2024 ins Spiel. Andere Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Anhebung der Beitragbemessungsgrenze, schloss er aus.

Für den SoVD ist es nicht hinnehmbar, dass erneut ausschließlich die Versicherten in Haftung genommen werden. Erst in diesem Jahr stieg der durchschnittliche Zusatzbeitrag von 1,3 auf 1,6 Prozent. Diesen zahlen Arbeitnehmende und Rentner*innen ergänzend zum allgemeinen Beitragssatz von derzeit 14,6 Prozent. jos

Bundesverbandstagung

Die Tagesordnung zur 23. ordentlichen Bundesverbandstagung des SoVD vom 8. bis zum 12. November in Berlin wird fristgerecht in der Oktoberausgabe der SoVD-Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ veröffentlicht.



Foto: Wolfgang Borrs

Spende über 11.500 Euro für Aufbauhilfe in der Türkei und Syrien – v. li.: Michael Türk (Diakonie Unternehmenskooperationen), Martin Keßler (Direktor der Diakonie Katastrophenhilfe), SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und SoVD-Bundesgeschäftsführer Michael Meder.

Spenden für die Erdbebenopfer

Im Februar hinterließ ein schweres Erdbeben in der Türkei und in Syrien Tod und Verwüstung in einem Ausmaß, wie es die krisenerprobte Region noch nicht erlebt hatte. Unzählige Helfer*innen beteiligten sich vor Ort bei der Suche nach Vermissten und der Versorgung der Überlebenden. Weltweit nahmen Menschen Anteil.

SoVD-Vorsitzende Michaela Engelmeier rief die Mitglieder

zum Spenden auf und mahnte: „Diese Katastrophe hat neben Tod und Leid auch unfassbare Not gebracht. Was das Fundament unseres Verbandes darstellt, muss nun den Opfern zugute kommen.“ Jetzt konnte sie den Helfer*innen der Diakonie Katastrophenhilfe einen Scheck in Höhe von 11.500 Euro für ihre wertvolle und andauernde Hilfe vor Ort übergeben. Allen Spender*innen im SoVD dankete

Engelmeier von Herzen.

Auch Martin Keßler, Direktor der Diakonie Katastrophenhilfe, zeigte sich berührt. „Die Zerstörungen sind immens. Hilfe wird noch viele Monate dringend gebraucht, bis die Menschen wieder in Häuser einziehen können. Deshalb freuen wir uns sehr über Spenden wie diese, die unsere Arbeit unterstützen und ermöglichen“, sagte Keßler. veo

Bündnis fordert angesichts ausufernder Kosten eine Pflegevollversicherung

Eigenanteil steigt ungebremst

Bewohner*innen eines Pflegeheimes müssen im ersten Jahr durchschnittlich rund 2.700 Euro pro Monat selbst aufbringen. Rund die Hälfte dieses Betrages entfällt dabei auf die pflegerische Versorgung. Von dem Versprechen der Bundesregierung, die Eigenanteile wirksam zu senken, blieb letztlich nur eine Minimal-Reform. Jetzt verweigert die Politik der sozialen Pflegeversicherung sogar jegliche Steuerzuschüsse. Angesichts zunehmender Belastungen für Pflegebedürftige und Beitragszahlende bekräftigte ein Bündnis um den SoVD nun seine Forderung nach einer solidarischen Pflegeversicherung.

Als der SoVD im Mai zu dem Entwurf des sogenannten Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes Stellung nahm, lautete ein Fazit: „Grundlegende Lösungen zur langfristigen Stabilisierung der pflegerischen Versorgung werden nicht angepackt, sondern vertagt. Zentrale Aspekte des Koalitionsvertrages und vorgesehene Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege werden nicht umgesetzt.“ Diesen Kurs setzt die Bundesregierung scheinbar unbeirrt fort. Denn anstatt Pflegebedürftige und Beitragszahlende zu entlasten, nimmt sie weiterhin allein für die steigenden Kosten in Haftung.

Politik verweigert Zuschüsse und stopft Haushaltslöcher

Mitte August beschloss das Kabinett den Entwurf von Finanzminister Christian Lindner (FDP) für ein Haushaltsfinanzierungsgesetz. Dieses enthält unter anderem massive Kürzungen von Renten- und Pflegezuschüssen. Das führt im Ergebnis dazu, dass die soziale Pflegeversicherung bis zum Jahr 2027 vom Bund überhaupt keine Steuermittel mehr erhält. Um die Einhaltung der Schuldenbremse zu gewährleisten, wälzt die Politik somit steigende Ausgaben komplett auf Versicherte und Pflegebedürftige ab.

Doch nicht nur der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung. Auch die Länder kommen ihrer Verpflichtung etwa bei der Finanzierung von Pflegeeinrichtungen nicht nach. Die notwendigen Investitionskosten werden stattdessen den Pflegebedürftigen in Rechnung gestellt.

Pflegekassen rutschen immer weiter ins Minus

Es sind zum großen Teil gerade diese versicherungsfremden Leistungen, die für ein wachsendes Defizit in der sozialen Pflegeversicherung sorgen. Zu diesen gehören auch die Ausbildungskosten. Laut Koalitionsvertrag sollten diese eigentlich aus den Eigenantei-

len herausgenommen werden. Auch andere Zusagen hielt die Regierung bislang nicht ein – etwa die Finanzierung der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger oder pandemiebedingter Zusatzkosten.

Für den SoVD und das Bündnis Pflegevollversicherung steht fest, dass Pflegebedürftigkeit immer mehr zur Armutsfalle wird. Eine solidarische Versicherung sollte daher das reine Pflegerisiko voll abdecken. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage teilt eine Mehrheit der Bevölkerung diese Überzeugung. Sozialhilfe ist kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen.

Joachim Schöne



Foto: Peter Atkins / Adobe Stock

Obwohl die Eigenanteile von Jahr zu Jahr steigen, lässt die Politik Pflegebedürftige wie auch Beitragszahlende im Stich.



Foto: ihorvsn / Adobe Stock

Die bestmögliche Behandlung kann entscheidend sein. Das neue Online-Verzeichnis soll über die Qualität von Kliniken informieren.

Überblick zu Leistungen der rund 1.900 Kliniken in Arbeit

Online-Verzeichnis zur Klinikqualität kommt

Über ein digitales Transparenzverzeichnis des Bundesgesundheitsministeriums sollen die Bürger*innen ab Frühjahr 2024 einen Überblick über Leistungen, Angebote und Qualität der rund 1.900 Kliniken in Deutschland erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, der derzeit innerhalb der Regierung abgestimmt wird.

Das Verzeichnis soll unter anderem das jeweilige Leistungsangebot der Klinik, die personelle Ausstattung und Qualitätsdaten umfassen. Dabei geht es auch um Komplikationen oder Todesfälle. Die Veröffentlichung dieser Daten solle neben der Förderung selbstbestimmter Auswahlentscheidungen von Patient*innen auch dazu beitragen, Krankenhäuser zu einem Wettbewerb um die bestmögliche Qualität anzuregen, heißt es im entsprechenden Entwurf. Ermöglicht werden sollten eine „laiengerechte Suche und Vergleiche zwischen Einrichtungen“. Zuständig sein soll das Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen – ein fachlich unabhängiges, wissenschaftliches Institut. Dieses berät den Gemeinsamen Bundesausschuss, das höchste Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen aus Vertretenden der Ärzteschaft, der Krankenkassen und der Krankenhäuser. Dort ist der SoVD als Patientenorganisation beratend beteiligt.

Im Netz gibt es bereits verschiedene Klinik-Bewertungsportale wie etwa die Weiße Liste der Bertelsmann Stiftung (www.weisse-liste.de); beim Transparenzverzeichnis handelt sich nun aber um ein offizielles Portal. Die ersten Informationen sollen laut Planung zum 1. April 2024 im Internet zur Verfügung stehen. veo

SoVD begrüßt geplante Anpassung der Regelsätze

Mehr Bürgergeld ab 2024

Laut Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) sollen Empfänger*innen von Bürgergeld im kommenden Jahr spürbar höhere Leistungen erhalten. SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier bezeichnete die Entscheidung als ein gutes Signal.

Ende August machte Heil seine Pläne öffentlich und nannte dabei konkrete Zahlen. So soll etwa der Satz für Alleinstehende Anfang des kommenden Jahres von 502 auf 563 Euro im Monat steigen. Angesichts der immensen Preissteigerungen in vielen Bereichen dürfte dies für Betroffene eine gute Nachricht sein.

Auch beim SoVD stießen die Pläne aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) auf Zustimmung. Die Erhöhung, sagte Michaela Engelmeier, sei auch eine Entlastung für Hunderttausende, die Grundsicherung im Alter erhielten oder mit ihrer Erwerbsminderungsrente nicht über die Runden kämen.

Dennoch warnte die Vorstandsvorsitzende des SoVD: „Die Politik darf die Personengruppen mit einem Einkommen knapp über dem Grundsicherungsniveau nicht aus dem Blick verlieren. Rentnerinnen und Rentner haben bisher keinen Inflationsausgleich bekommen. Und auch die vielen Menschen im Niedriglohnssektor sind trotz Vollzeitbeschäftigung finanziell am Rande. Dafür braucht es jetzt schnell einen armutsfesten Mindestlohn.“ jos

SoVD im Gespräch

Austausch zur Lage beim Wohnungsbau

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und der Vorsitzende der Geschäftsführung von meravis Wohnungsbau und Immobilien GmbH, Matthias Herter, trafen sich am 24. August in Berlin. Sie sprachen über die extrem verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt gleichermaßen für Mieter*innen wie auch für Wohnungsunternehmen. Dabei kamen die deutlich verfehlten Neubauziele der aktuellen Bundesregierung ebenso zur Sprache wie die neue Wohnungsgemeinnützigkeit.



V. li.: SoVD-Bundesgeschäftsführer Michael Meder, SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, meravis-Geschäftsführer Matthias Herter und meravis-Aufsichtsratsvorsitzender Reinhard Meyer. Die meravis ist eine Tochter des SoVD. Sie schafft seit rund 75 Jahren Wohnraum insbesondere für Menschen mit wenig Einkommen, Menschen mit Behinderungen, Senior*innen und Familien.



Personalien

Erst im März dieses Jahres wählten ihn die Delegierten der außerordentlichen Bundesverbandstagung des SoVD zum Vizepräsidenten. Am 20. September begeht **Joachim Wittrien** seinen 75. Geburtstag. Der 1. Landesvorsitzende des SoVD Bremen gehört zudem seit 2011 dem Bundesvorstand sowie seit 2015 dem Präsidium an.



Bescheinigung wahrt Versicherungsschutz im Ausland

Reisetauglichkeit-Attest bei chronischen Leiden

Ob Asthma, Diabetes oder Multiple Sklerose: Chronisch kranke Menschen sollten sich vor Urlaubsbeginn ihre Reisetauglichkeit medizinisch attestieren lassen. Andernfalls kann es passieren, dass die Auslandsreisekrankenversicherung die Zahlung für eine Behandlung verweigert. Darauf weist der Bund der Versicherten (BDV) hin.

In einer Unbedenklichkeitsbescheinigung gibt die Ärztin oder der Arzt klar an, welche Vorerkrankungen jeweils vorliegen und dass während der Reise keine Behandlungen für die Krankheit erwartet werden. Einige Versicherungsgesellschaften halten für Reise-Unbedenklichkeitsbescheinigungen Formblätter zum Ausfüllen vor.

Hintergrund ist, dass in etlichen Verträgen die Auslandskrankenversicherung nur dann greift, wenn es sich um eine „Verschlechterung einer bestehenden Erkrankung“ handelt. Betroffene können aus dieser Formulierung oft nicht klar erkennen, dass Versicherungen nur dann leisten, wenn während einer Reise „akute, unvorhersehbare Krankheitsschübe“ auftreten. Behandlungen, die medizinisch vorhersehbar waren und während der Reise notwendig werden, sind dann nicht versichert. Dies kann auch Rücktransporte betreffen.

Der BDV empfiehlt deshalb an chronisch Leidenden Erkrankten, vor Reiseantritt nicht nur ein ärztliches Attest einzuholen, sondern auch den Versicherungsvertrag genau zu prüfen. Im Zweifelsfall können die Auslandskrankenversicherer auch direkt auf das Thema „Reise-Unbedenklichkeitsbescheinigung“ angesprochen werden, um auf der sicheren Seite zu sein.

Eine Reisekrankenversicherung wird generell allen Reisenden empfohlen. Denn im Ausland ist man nur teilweise durch die gesetzliche Krankenkasse versichert. Die meisten europäischen Staaten haben ein Sozialversicherungs-Abkommen mit Deutschland vereinbart. Das sind die sogenannten Schengen-Staaten. Wenn ein Krankheitsfall in diesen Ländern auftritt, zahlt die Krankenkasse für notwendige und vertraglich vereinbarte Behandlungen genau wie in Deutschland. Ist die Behandlung im Ausland teurer als hierzulande und liegt keine private Reisekrankenversicherung vor, müssen Leistungen aus eigener Tasche gezahlt werden. *dpa/veo*

Verlorene Urlaubstage können zurückgeholt werden

Krank in den Ferien?

Durch Krankheit verlorene Urlaubstage werden laut Paragraph 9 des Bundesurlaubsgesetzes nicht auf den Jahresurlaub angerechnet, wenn ein ärztliches Attest die Arbeitsunfähigkeit belegt. Die Bescheinigung muss zwingend am Urlaubsort eingeholt werden.

Das neue sogenannte eAU-Verfahren, bei dem Arbeitgeber hierzulande die Arbeitsunfähigkeitsdaten von gesetzlich Versicherten elektronisch bei den Krankenkassen abrufen, gilt im Ausland nicht. Beschäftigte müssen ihren Arbeitgeber zu Beginn der „AU“ so schnell wie möglich informieren: über die Arbeitsunfähigkeit, deren voraussichtliche Dauer und die Adresse am Aufenthaltsort. Möglich ist das per E-Mail oder telefonisch. Kommen Beschäftigte, die arbeitsunfähig erkrankt sind, nach Deutschland zurück, sind sie verpflichtet, dem Arbeitgeber und der Krankenkasse ihre Rückkehr unverzüglich anzuzeigen. Die verlorenen Urlaubstage dürfen nicht einfach angehängt werden. Wer gesund ist, muss pünktlich zur Arbeit erscheinen. *veo*

Dominanz der Krankenkassen – Patientenorganisationen drohen mit Rückzug

Affront wegen Plänen zur UPD

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) soll Patient*innen bei gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen unvoreingenommen Rat geben. Neue Pläne gefährden aber die Unabhängigkeit und würden die UPD in die Hände der Krankenkassen legen.

Hinter den Kulissen gibt es große Aufregung um die Neuaufstellung der UPD. Es ist geplant, sie zum Jahr 2024 in eine Stiftung zu überführen. Anders als erwartet, soll diese nicht aus Steuermitteln, sondern aus Beitragsmitteln der Krankenkassenversicherung finanziert werden.

Der GKV-Spitzenverband, die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland, erhält dafür offenbar mehr Mitsprache- und Gestaltungsrechte bei der neuen UPD. Das Bundesgesundheitsministerium sicherte dem Spitzenverband starken Einfluss auf Finanz- und Haushaltsfragen zu. Damit würde er die Arbeit der UPD maßgeblich bestimmen können.

Vorgesehen ist außerdem, dass Beratungsleistungen zur Pflege künftig nicht mehr Teil des UPD-Angebotes sind. Diese werden jedoch derzeit am zweithäufigsten nachgefragt.

Patientenorganisationen: Unabhängigkeit gefährdet

Die Änderungen wurden beschlossen, ohne die maßgeblichen Patientenorganisationen, zu denen auch der SoVD gehört, in die Gespräche einzubinden. Dabei ist eine intensive Beteiligung der Patientenorganisationen an der Neuaufstellung gesetzlich vorgesehen.

Die Organisationen haben darauf mit deutlichen Worten reagiert und einhellig erklärt, nicht an einer Unabhängigen



Foto: fizkes / Adobe Stock

Wer bei der UPD Rat sucht, hat Recht auf eine neutrale Beratung. Genau die sehen Patientenverbände nun gefährdet.

Patientenberatung mitzuwirken, die vollständig vom GKV-Spitzenverband dominiert wird.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier äußerte sich in einem Statement klar: „Bereits zuvor wurde die Unabhängigkeit der neuen UPD deutlich unterwandert: Einerseits durch die Finanzierung aus Beitragsmitteln anstatt aus Steuermitteln und andererseits durch die Beteiligung der Krankenkassen im Stiftungsrat. Die jetzt getroffenen Zusagen des Gesundheitsministeriums an die gesetzlichen Krankenkassen bedeuten ein bisher ungeahntes Maß an Einflussnahme, sodass von Unabhängigkeit endgültig nicht mehr die Rede sein kann. Für uns wäre damit eine rote Linie überschritten.“

Auch vom Patientenbeauf-

tragten der Bundesregierung kam Kritik: „Die Einigung mit dem GKV-Spitzenverband gefährdet die Unabhängigkeit der UPD. Unter diesen Voraussetzungen habe ich große Zweifel, ob so die beste Beratung für die Patientinnen und Patienten erreicht werden kann“, stellte Stefan Schwartze fest.

Weiter viele offene Fragen zur neuen Struktur

Aufgrund des großen Protests der Verbände fand im August eine Sondersitzung des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag zur UPD statt. Eine Auflösung der verfahrenen Lage ist bisher nicht in Sicht. Auch, ob der ursprünglich geplante Start der neuen UPD am 1. Januar 2024 zu halten ist, erscheint fraglich. *str*



SoVD im Gespräch

Treffen mit Grünen-Politikerinnen

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier sowie die SoVD-Referentinnen Anna John und Anieke Fimmen trafen sich am 24. August mit den Grünen-Abgeordneten Katrin Langensiepen (Europaparlament) und Catrin Wahlen (Berliner Abgeordnetenhaus).

Das Gespräch in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle behandelte viele behinderten- und sozialpolitische Themen wie den geplanten europäischen Behindertenausweis und die EU-Richtlinie zu Mindestlöhnen.



V. li.: Anna John, Catrin Wahlen, Katrin Lagensiepen, Anieke Fimmen und Michaela Engelmeier. Sozialpolitik wird auch durch Entscheidungen der EU bestimmt. Der SoVD ist deshalb auch auf dieser Ebene im ständigen Austausch und verfolgt EU-Pläne wie die Einführung einer „European Disability Card“ und die Vorgaben zu armutsfesten Mindestlöhnen sehr genau.

Dritte Ausgabe des SoVD-Aktionstages am 21. August mit großer Beteiligung der Landesverbände

Inklusion und Vielfalt beim „tag des wir“

Der SoVD lebt Gemeinschaft und setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein. Beim „tag des wir“ steht beides im Mittelpunkt. In diesem Jahr fand er zum dritten Mal statt. Mehrere Gliederungen im ganzen Land und das BBW Stendal organisierten rund um den 21. August Veranstaltungen, die Menschen zum Zusammensein und zu gemeinsamen Aktivitäten animierten.

In Berlin fand zum dritten Mal eine inklusive Regatta statt. Vor Ort waren die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, die die Bedeutung von Sport für die Inklusion hervorhob, Ursula Engelen-Kefer, die als Vorsitzende des SoVD Berlin-Brandenburg neue Mitglieder begrüßte, sowie Bundesgeschäftsführer Michael Meder, Bundesvorstandsmitglied Armin Dötsch und SoVD-Bundesjugendvorsitzender Sebastian Freese. Thomas Härtel, Präsident vom Landessportbund Berlin, überreichte den Sportler*innen Medaillen.



Foto: Ronny Behnert

Michaela Engelmeier ehrt einen Teilnehmer.

Der Ortsverband Salzgitter-Bad im Landesverband Niedersachsen organisierte am 20. August auch eine Veranstaltung. Dort war Landesgeschäftsführer Dirk Swinke vor Ort und

stellte in seinem Grußwort die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in Ortsverbänden und deren Einsatz für eine inklusive Gesellschaft heraus. Auch

Stefan Klein, 1. Bürgermeister Salzgitters und Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag (SPD), war als Gast dabei.

Im Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland betreute der Ortsverband Homburg-Saarbrücken mit Ehrenamtler*innen und Mitgliedern der Geschäftsstelle einen Informationsstand in St. Ingbert. Sie kamen mit vielen interessierten Bürger*innen ins Gespräch und konnten die Arbeit des SoVD bekannter machen.

Im Landesverband Bremen veranstaltete der Kreisverband Bremen-Süd ein Grillfest für Mitglieder und Interessierte, das die Gemeinschaft im Verband betont.

Mehr Fotos und Informationen zum tag des wir gibt es unter www.sovd.de/tag-des-wir.



Rochus Hauck, Tim Giermann, Monika Six, Inge Schmidt, Manfred Piro und Volker Lieblang beim Infostand im Saarland.



Foto: Karsten Reimer

Gruppenfoto beim Grillfest des Ortsverbandes Bremen Süd.



Foto: Ronny Behnert

SoVD-Bundesvorstandsmitglied Armin Dötsch und SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier gemeinsam im Boot.



Foto: Anja Fuchs

Sebastian Freese, Armin Dötsch und Ursula Engelen-Kefer.



Michael Loos (Vorsitzender KV Salzgitter), Hans-Werner Eisfeld (Vorsitzender OV Salzgitter-Bad), Stefan Klein (Bürgermeister Salzgitter) und Dirk Swinke (Landesgeschäftsführer SoVD Niedersachsen).

SoVD im Gespräch

49-Euro-Ticket: erste Bilanz im Ministerium

100 Tage nach der Einführung des „Deutschlandtickets“ für 49 Euro zur Nutzung im Nah- und Regionalverkehr traf sich die Vorstandsvorsitzende des SoVD, Michaela Engelmeier, mit der Staatssekretärin im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) mit Schwerpunkt im Bereich Eisenbahnverkehr, Susanne Henckel. Sie tauschten sich über die Herausforderungen aus, die es bei dem seit Mai erhältlichen Ticket hinsichtlich seiner Verfügbarkeit und Nutzbarkeit gibt.

Engelmeier machte deutlich, dass der Ausbau des Nahverkehrsnetzes im ländlichen Raum dringend notwendig sei, damit gerade auch ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen von dem 49-Euro-Ticket profitieren könnten.

Dass das Abonnement zudem rein digital verfügbar ist (bis auf wenige Ausnahmen einzelner Verkehrsbetriebe und befristete Übergangslösungen), sei gerade für diese Personengruppen auch mit vielen Verunsicherungen verbunden.

Der SoVD tritt dafür ein, dass das Ticket für alle unkompliziert, bezahlbar und monatlich kündbar sein soll. Es muss aus Sicht des Verbandes auf allen Vertriebswegen verfügbar sein, also auch immer analog und

ohne Internetzugang. Zusätzlich müssten Menschen mit geringem Einkommen ein Sozialticket bekommen können, das nicht mehr als einen Euro pro Tag kostet.

Großen Raum nahm in dem Gespräch zwischen SoVD und BMDV – über den ÖPNV und die Bestandsaufnahme zum Deutschlandticket hinaus – außerdem die Barrierefreiheit der Bahn ein. Die Staatssekretärin räumte ein, dass hierbei noch großer Handlungsbedarf bestehe. Sie stellte Verbesserungen in Aussicht.

Henckel und Engelmeier vereinbarten, im engen Austausch zu bleiben; insbesondere auch bei dem wichtigen Thema des Ausbaus von barrierefreien Inklusions-Taxis.



Über Mobilität sprachen SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (li.) und SoVD-Referentin Anieke Fimmen im Verkehrsministerium mit Staatssekretärin Susanne Henckel (re.) und der stellvertretenden Schwerbehindertenvertreterin, Dr. Natascha Königs. Wie sind die Erfahrungen mit dem Deutschlandticket? Was muss sich verbessern? Und wie steht es mit der Barrierefreiheit?

Aktuelle Urteile

Parkausweis auf Konsole nicht gut sichtbar?

Parkausweise müssen gut sichtbar im Auto ausliegen. Das gilt auch für solche von Anwohner*innen und Menschen mit Behinderungen. Aber was gilt als gut sichtbar? Darüber kann man sich offenbar streiten, wie ein aktuelles Urteil zeigt.

Ein Parkausweis ist dann gut sichtbar, wenn er etwa im Bereich der Front- und Seitenscheiben oder auf der Kofferraumabdeckung am Heck ausliegt. Hingegen reicht es nicht, wenn er in der Mittelkonsole abgelegt ist. So entschieden die Richter*innen am Amtsgericht Schwerin in einem entsprechenden Urteil (Az.: 35 OWi 83/23).

In dem betreffenden Fall ging es um einen Mann, der sein Auto auf einem Schwerbehindertenparkplatz geparkt hatte, da er einen Bekannten mit Rollstuhl fuhr. Der Bekannte verfügte über einen Parkausweis, der auf der Mittelkonsole in Höhe des Beifahrersitzes ausgelegt wurde. Zurück am Parkplatz musste der Fahrer feststellen, dass sein Auto abgeschleppt worden war. Ihm wurden ein Bußgeld und die Abschleppkosten auferlegt. Statt zu zahlen, legte der Halter Einspruch ein. Er habe zu Recht auf dem Behindertenparkplatz gestanden; den Ausweis hätten die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes bei genauem Hinsehen auch erkennen können, so seine Argumentation.

Dies sah das Gericht anders und verurteilte den Kläger zur Zahlung. Dem Überwachungspersonal müsse eine Kontrolle der Parkerlaubnis „ohne erhebliche Schwierigkeiten, ohne Hilfsmittelverwendung und insbesondere ohne großen Zeitaufwand“ durch einen Blick in das Innere eines Fahrzeuges möglich sein, heißt es in der Begründung. *dpa/veo*



Foto: Björn Wylezich/Adobe Stock
Guter Platz: Windschutzscheibe.

Jobcenter zahlt nicht für Tieranschaffung

Wer sich einsam fühlt und zum Beispiel an einen Hund als Begleiter denkt, bekommt für Kauf und Haltung des Haustieres keine Unterstützung vom Jobcenter. So entschied das Landessozialgericht (LSG) Baden-Württemberg in einem entsprechenden Urteil.

Der Wunsch nach Tierhaltung begründe keinen Anspruch auf höhere Leistungen des Jobcenters, so die Richter*innen. Ein Hund gehöre nicht zum Existenzminimum.

Ein Langzeitarbeitsloser aus dem Rems-Murr-Kreis hatte vom Jobcenter Geld für Anschaffung und Haltung eines Hundes gefordert – auf Lebenszeit. Er benötige einen Begleithund „als soziale Unterstützung während und insbesondere nach der Corona-Pandemie, um die schweren Folgen sozialer und finanzieller Isolation zu kompensieren“, hatte der Mann laut Landessozialgericht in seiner Forderung argumentiert. Überdies Sorge ein Hund für eine feste Tagesstruktur und diene ihm „als Familienersatz“.

Ein Tier ermögliche es ihm zudem, soziale Kontakte zu knüpfen. Der Kläger erhält offenbar seit 2005 Arbeitslosengeld II, früher Hartz IV und heute Bürgergeld genannt. Für den Kauf des Tieres gab er die Summe von 2.000 Euro an, für die Haltung monatlich 200 Euro. Mit seiner Forderung war er bereits vor dem Sozialgericht Stuttgart gescheitert. Zwar könne die Haltung eines Hundes eine Art soziale Unterstützung oder auch einen Familienersatz bieten. Allein dies begründe aber „keinen unabwiesbaren, besonderen Bedarf“, hieß es in der Urteilsbegründung (Az.: L9 AS 2274/22).



Foto: absolutimages/Adobe Stock
Ein Hund ist kein Mehrbedarf.

SoVD fordert beim Eckpunktepapier: alleinerziehende Mütter nicht benachteiligen

Unterhaltsrecht wird reformiert

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) will das Unterhaltsrecht reformieren. Mütter oder Väter, die sich wesentlich an der Betreuung ihres Kindes beteiligen, sollen demnach künftig weniger Unterhalt zahlen müssen. Ein Eckpunktepapier stellte Buschmann Ende August vor. Sie sollen, so Buschmann, eine „Diskussionsgrundlage in der Bundesregierung, mit der Wissenschaft und mit der Rechtspraxis und natürlich auch mit den betroffenen Trennungsfamilien“ bieten.

Unterhaltszahlungen sollen sich künftig stärker danach richten, wie sehr sich der vom Kind getrennt lebende Elternteil bei der Betreuung engagiert. Nach den Reformplänen des Justizministers könnten die Unterhaltszahlungen um rund 100 Euro im Monat sinken. Auch in Zukunft soll es aber überwiegend darauf ankommen, was die Eltern verdienen.

In dem vorgelegten Papier geht es um Mütter oder Väter mit einer anteiligen Mitbetreuung von 30 bis 49 Prozent der Zeit. Grundlage für die Berechnung soll unter anderem die Zahl der Übernachtungen bei einem Elternteil sein.

Auf alle anderen Familien soll die Reform keine Auswirkungen haben, spricht: auf getrennte Eltern, die jeweils zur Hälfte die Kinder bei sich haben, oder Alleinerziehenden-Familien, in denen die Mütter oder Väter die Kinder allein oder weit überwiegend betreuen.

Der SoVD hat sich bereits zu den Plänen geäußert: „Die Lebensrealitäten von Familien haben sich in den letzten Jahr-



Foto: Evgenij Yulkin/Stocksy/Adobe Stock

Gelebte gemeinsame Verantwortung in zwei Haushalten kostet Geld.

zehnten verändert, darum ist es richtig, das überholte Unterhaltsrecht zu überprüfen – so steht es ja auch im Koalitionsvertrag“, stellt die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier fest. „Alleinerziehende Mütter, die auch heute noch überwiegend die Hauptlast der Kinderbetreuung und Erziehung tragen, dürfen dadurch aber nicht schlechtergestellt werden.“ Nachteile in der Erwerbsfähigkeit und die

damit verbundene ökonomische Schlechterstellung, die durch die Verteilung der Betreuung schon vor der Trennung entstanden sind, müsste die Reform ebenfalls berücksichtigen. Überdies müssten in armen Familien entsprechende Kosten auch über Leistungen im Existenzsicherungsrecht abgedeckt werden. Die gemeinsame Sorgeverantwortung dürfe nicht nur ein Modell für gut Verdienende sein. *Veronica Sina*

Stiftung zahlt besonderem Personenkreis Zuschläge bei niedriger Rente

Härtefallanträge: Frist läuft ab

Menschen, die lange in der DDR oder der Sowjetunion gelebt und gearbeitet haben, erhalten oft nur eine niedrige gesetzliche Rente. Um dies anzuerkennen, gibt es die Stiftung Härtefallfonds, die an Betroffene einmalig 2.500 Euro auszahlt. Anträge müssen noch im September gestellt werden.

Seit Ende Juni 2023 nimmt die Stiftung Härtefallfonds Auszahlungen vor. Sie richtet sich an Personen, die in ihrer Erwerbsbiografie überwiegend in der DDR oder im ausländischen Herkunftsgebiet gearbeitet haben und sich aufgrund der daraus resultierenden Auswirkungen auf ihre gesetzliche Rente benachteiligt fühlen.

Dazu zählen frühere Beschäftigte in der DDR, etwa im Bergbau oder bei der Reichsbahn, Spätaussiedler*innen und jüdische Kontingentflüchtlinge beziehungsweise jüdische Zuwanderer*innen und deren Angehörige aus der ehemaligen Sowjetunion. Eine genaue Auflistung, aufgeschlüsselt nach Personengruppen, sowie Antragsformulare und weitere Informationen bietet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter www.bmas.de/DE/Soziales/Haertefallfonds/haertefallfonds.html an.

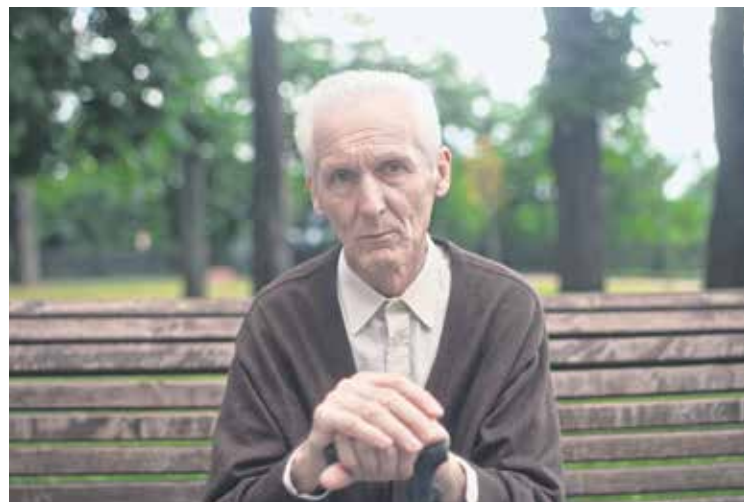


Foto: Synthex/Adobe Stock

Bei gebrochenen Erwerbsbiografien fällt die Rente oft niedrig aus. Die Stiftung Härtefallfonds zahlt Betroffenen einen Zuschlag.

Die Betroffenen erhalten unter bestimmten Voraussetzungen zur Abmilderung eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro, wenn sie eine monatliche gesetzliche Rente von weniger als 830 Euro netto beziehen und weitere Voraus-

setzungen erfüllen. Die Frist zur Beantragung endet jedoch bald. Um die Einmalzahlung zu bekommen, muss der Antrag per Post oder E-Mail bis zum 30. September 2023 bei der Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds eingehen. *str*

18. Frauen-Alterssicherungskonferenz von SoVD und ver.di in Berlin suchte nach Lösungen

Rentenlücke bleibt ein großes Problem

Der SoVD und die Gewerkschaft ver.di veranstalteten am 4. Juli in der verdi-Bundesverwaltung in Berlin wieder ihre Frauen-Alterssicherungskonferenz (FASK). Dass sie zum 18. Mal stattfand und schon „traditionell“ geworden ist, ist ein wahres Armutszeugnis: Immer noch klafft in Deutschland zwischen den Geschlechtern eine Einkommens- und somit Rentenlücke. Im Alter sind Frauen besonders oft in Not.

18 Prozent weniger Lohn als Männer erhalten Frauen derzeit – und 43 Prozent weniger Rente (ohne Hinterbliebenenrenten). Armut trifft vermehrt Frauen, besonders Seniorinnen: Gefährdet ist laut BMAS jede fünfte Frau ab 65 Jahren. Fast 60 Prozent der Beziehenden von Grundsicherung im Alter sind weiblich, bei Grundrenten gar 77 Prozent (Zahlen: Destatis).

Neben schlechterer Bezahlung liegt das oft am Lebenslauf. Mehr Sorgearbeit lässt weniger Zeit für den Beruf. Darum streiten SoVD und ver.di für eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen im Erwerbsleben, bei der Sorgearbeit und im Alter.

Jutta König, SoVD-Bundesfrauensprecherin, lobte die gute Zusammenarbeit: „Es ist wichtig, dass wir Frauen uns in Netzwerken bewegen – damit wir erfolgreich sind, Informationen erhalten, Erfolge austauschen und gemeinsam Ideen umsetzen!“

Die SoVD-Kampagne „Die bessere Rente“ klärt zur gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf und zeigt, wie man sie stärkt statt schwächt. König betonte: „Die umlagefinanzierte gesetzliche Rente ist ein gutes System.“ Doch ihre Probleme, gerade für Frauen, erforderten Korrekturen.

Weibliche Altersarmut: Aspekte der Rentenlücke

So ging es in Reden, Vorträgen und Debatten um Hintergründe der Rentenlücke und Lösungen.

Ein erster Block widmete sich Teilzeitarbeit und Selbstständigkeit. „Teilzeit ist prima, aber was heißt das für die Rente?“ fragte etwa Dr. Dina Frommert von der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV) und bezog auch die Grundrente mit ein.



Dr. Dina Frommert (DRV) sprach über Folgen von Teilzeitarbeit.

Selbstständige und Freiberufler*innen betrachtete ver.di-Bereichsleiterin Veronika Mirschel. Drei von vier sind nicht obligat abgesichert – und von Armut bedroht, gerade solo-selbstständige Frauen, die 44 Prozent weniger als Männer verdienen (BMAS-Daten 2020/2021 und WSI-Studie). Ihr Risiko, später in der Grundsicherung zu landen, ist laut DRV doppelt so hoch wie bei Angestellten. Die Idee, sie gesetzlich rentenzuversichern, steht nun bei der Ampel

im Koalitionsvertrag; zumindest für Neugründungen. Wann und wie genau, ist noch unklar.

Doch auch rund elf Prozent Angestellte sind nicht pflichtversichert: großteils Minijob-bende – das sind meist Frauen.

Im zweiten Block ging es um den Fachkräftemangel aus Geschlechterperspektive. Arbeitgeberschaft und Politik hätten Frauen nicht genug im Blick. Als Fachkräfte sind sie unverzichtbar. Doch müssten Arbeitsmarkt und Rahmenbedingungen sich für sie verbessern: Hierüber einig waren sich Stefanie Nutzenberger vom Ver.di-Bundesvorstand, Dr. Michaela Kuhnhenne von der Hans-Böckler-Stiftung und Leonie Gebers, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Forderungen in einer gemeinsamen Erklärung

Gegen Nachteile in Arbeitsleben und Alter verabschiedeten SoVD und ver.di eine Erklärung. „Altersarmut hat ein Gesicht – und das ist weiblich. Das muss sich dringend ändern“, heißt es darin. Sie fordern von der Politik:

- Mindestlohn anheben,
- mehr Grundrente – gerade für Frauen,
- gesetzliche Rente stärken,
- mehr Betriebsrente,
- frauendominierte Berufsfelder aufwerten,
- geringfügige Beschäftigung nachhaltig reformieren,
- Tarifbindung und Mitbestimmung stärken,
- geschlechtersensible berufliche Weiterbildung,
- Arbeitszeiten, die zum Leben passen,
- Erwerbstätige mit Sorgeverantwortung unterstützen,
- haushaltsnahe Dienstleistungen öffentlich fördern,
- Fehlanreize im Steuerrecht beseitigen.



alle Fotos: Wolfgang Borrs

Gute Zusammenarbeit, v. li.: SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König mit Karin Schwendler und Dr. Judith Kerschbaumer von ver.di.

- Mindestlohn anheben,
 - geschlechtersensible berufliche Weiterbildung,
 - Arbeitszeiten, die zum Leben passen,
 - Erwerbstätige mit Sorgeverantwortung unterstützen,
 - haushaltsnahe Dienstleistungen öffentlich fördern,
 - Fehlanreize im Steuerrecht beseitigen.
- Die ganze Erklärung und mehr zur Konferenz auf: www.sovd.de/fask2023.
Eva Lebenheim



Voller Saal – hier mit Monika Paulat (li.), Ehrenpräsidentin Deutscher Sozialgerichtstag, Susanne Langhagel, SoVD-Landesfrauensprecherin Hamburg, und dahinter SoVD-Rentenexperte Klaus Michaelis.

SoVD im Gespräch

Kassenverband zu Pflege und Versorgung

Mit Ulrike Elsner, der Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der Ersatzkassen e.V. (vdek), trafen sich die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und SoVD-Referent Florian Schönberg am 15. August in Berlin.

Themen waren unter anderem die Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung, die Krankenhausreform und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Außerdem ging es um einen weiteren Punkt,

der die SoVD-Mitglieder sehr bewegt: die Situation in der Pflege. Man war sich einig, hier seien weitere gesetzgeberische Maßnahmen nötig.

Nach dem äußerst angenehm und inhaltlich erfreulich verlaufenen Treffen wollen vdek und SoVD weiter im Gespräch bleiben.

Gespräch mit AOK-Spitze über Reformen

Zu einem ebenfalls sehr konstruktiven Gespräch traf Michaela Engelmeier am 8. August in Berlin überdies die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundes-

verbandes, Dr. Carola Reimann. Vor Übernahme dieses Amtes 2022 war Reimann Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (SPD) in Niedersachsen gewesen.

Im Fokus standen auch hier die gesundheitspolitischen Themen, die derzeit die Öffentlichkeit beschäftigen: Krankenhausreform, Pflegereform, die Reform der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) sowie Patientenrechte. Außerdem ging es um die Zusammenarbeit von AOK und SoVD, etwa bei der mobilen Sozialberatung.

Der nächste Gesprächstermin steht bereits. Dann wollen AOK und SoVD sich noch weiter mit Patientenrechten befassen und gemeinsam Wege erkunden, diese zu verbessern.



Eines von mehreren gesundheitspolitischen Spitzentreffen: Mit der AOK-Vorstandsvorsitzenden Dr. Carola Reimann (re.) sprach die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier unter anderem über Patientenrechte, die UPD und die Krankenhausreform. Der Sozialverband und die Krankenkasse wollen weiter gemeinsame Wege suchen und Beratungsangebote machen.

Nachruf

Aufrichtig betroffen und in tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Bundesvorstandsmitglied

Dieter Hebner,

der am 5. Juli 2023 im Alter von 79 Jahren verstorben ist. Mit ihm verlieren wir nicht nur einen guten Freund, sondern auch einen engagierten Menschen, der stets mit Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit eintrat. Durch seine ehrenamtliche Arbeit für unsere Gemeinschaft hat sich Dieter Hebner große Anerkennung und beispielhaften Respekt erarbeitet.

Seine Wurzeln hatte Dieter Hebner im SoVD Niedersachsen. Dem dortigen Landesvorstand gehörte er zunächst als Beisitzer, später als Landeschriftführer an. Über Jahrzehnte hinweg prägte er die Geschichte des Ortsverbandes Winzenburg und des Kreisverbandes Hildesheim-Alfeld. Dieser ernannte ihn für seine herausragenden Verdienste zum Ehrenvorsitzenden. Als Bürgermeister der Gemeinde Winzenburg brachte sich Dieter Hebner zudem auch außerhalb des SoVD ein.

Mit seinem beispielhaften Einsatz und seiner großzügigen Persönlichkeit wird uns Dieter Hebner in Erinnerung bleiben. Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie.



Dieter Hebner

Der SoVD

Sport verbindet: fast 30 Jugendliche und Mitarbeitende auf Berlin-Tour

BBW Stendal bei Inklusionslauf

Das SoVD-eigene Berufsbildungswerk (BBW) Stendal bringt sich immer wieder aktiv bei Veranstaltungen aus dem Verband ein. Ein gutes Beispiel ist, dass auch 2023 wieder eine große Gruppe beim SoVD-Inklusionslauf mitmachte. Knapp 30 BBW-Angehörige waren am 24. Juni in Berlin dabei.

Im Vorjahr hatte das BBW sich mit vier Staffeln beteiligt – diesmal ging es an die Langstrecken: Drei junge Menschen liefen einen Kilometer, sechs 2,5 Kilometer, fünf 5 Kilometer und sechs 10 Kilometer. Darunter waren Teilnehmende der beruflichen Rehabilitation und der Jugendhilfe. So führte der Sport Jugendliche mit Beeinträchtigungen und unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge zusammen. Das unterstützte das Bundesprogramm „Demokratie leben“.

An der Strecke war das BBW zudem mit einem Stand vertreten, besetzt vom Team um Geschäftsführer Rainer Erdmann.



Foto: Sascha Pfeiler

Das Berufsbildungswerk Stendal nahm am „Lauf für alle“ auf dem Tempelhofer Feld mit vielen Läufer*innen und einem Infostand teil.

RPS Rheinland-Pfalz / Saarland

Landesverbandstag mit Wahlen

Mit Gästen aus Politik und Bundesverband fand am 15. Juli in Kaiserslautern die 19. Landesverbandstagung des SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland statt. Die Delegierten wählten einen neuen Vorstand – und einstimmig Norbert Weber zum 1. Vorsitzenden, der die Funktion zuvor kommissarisch innehatte.

Weber dankte für das Vertrauen und sagte: „Der Sozialverband steht vor großen Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen werden. Ich freue mich auf die vor uns liegenden Aufgaben und bin überzeugt, dass wir diese im Geiste der Solidarität, die den SoVD ausmacht, gemeinsam meistern werden!“

Unter den Gästen waren der rheinland-pfälzische Sozialminister Alexander Schweitzer (SPD), der in seiner Rede das Thema der SoVD-Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ aufgriff, Abgeordnete des Bun-



Norbert Weber

des- und Landtages sowie vom SoVD-Bundesverband der Präsident Alfred Bornhalm und der Bundesgeschäftsführer Micha-

el Meder. Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier grüßte per Videobotschaft.

Auf der Tagesordnung stand neben den Neuwahlen auch eine neue Organisationsstruktur. Doppelungen im Ehrenamt auf Kreis- und Ortsverbandsebene soll es nicht mehr geben. Das soll die Ortsverbände stärken.

Für die inhaltliche Arbeit fassten die Delegierten unter anderem einen Beschluss aus dem Bereich Gesundheit: Der SoVD fordert eine personenzentrierte statt standardisierte Versorgung mit prothetischen Hilfsmitteln.



Foto: Denny Brückner

V. li.: Michael Meder, Kathi Schwonke, Byron Berkholz, Meltem Baris, Anja Ostwald, Angela Schallenberg, Marco Manthey, Michaela Engelmeier und Jochen Gärtner (vorne).

Dank an engagierte SoVD-Mitarbeitende

Blumen zum Jubiläum und für den Betriebsrat

Kritisches und konstruktives Miteinander erwünscht: In der Bundesgeschäftsstelle begrüßten die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und der Bundesgeschäftsführer Michael Meder den neu gewählten Betriebsrat mit Blumen.

Vor Kurzem wählten die Beschäftigten des SoVD-Bundesverbandes und der rechtlich nicht selbstständigen Landesverbände das Gremium neu. Mitglieder des Betriebsrates sind Byron Berkholz (Vorsitzender), Kathi Schwonke (stellvertretende Vorsitzende), Meltem Baris, Sigrid Jahr und Sabine von Angern.

Für je 20 Jahre Betriebszugehörigkeit ehrten Michaela Engelmeier und Michael Meder zudem Jochen Gärtner, Anja Ostwald und Angela Schallenberg. Ralf Bergfeld erhielt eine Auszeichnung für zehnjährige Betriebszugehörigkeit. Als neues Mitglied im EDV-Team der Bundesgeschäftsstelle wurde Marco Manthey herzlich begrüßt.

Aktuelle Urteile

Vorrang für Rollstühle

Im Reiserecht sind Rollifahrer*innen in vielen Fällen zu bevorzugen: so zum Beispiel beim Aussteigen aus dem Flieger, wenn der Anschluss für sie sonst womöglich nicht zu schaffen ist. So entschied der Bundesgerichtshof in einem aktuellen Urteil.

Hier hatte ein Mann für sich und seine Frau – beide auf den Rollstuhl angewiesen – im Internet einen Flug von Frankfurt am Main über Budapest nach St. Petersburg gebucht. Sie baten im Flieger darum, wegen ihrer eingeschränkten Mobilität zuerst aussteigen zu dürfen. Doch durften sie das Flugzeug erst

verlassen, nachdem alle anderen Passagiere ausgestiegen waren. So verpassten sie den Anschlussflug – auch, weil der erste Flug Verspätung hatte.

Laut Fluggastrechteverordnung müssen Luftfahrtunternehmen Personen mit eingeschränkter Mobilität jedoch Vorrang bei der Beförderung einräumen, so

das Gericht – auch wenn sie keinen „Rollibegleitservice“ gebucht hätten. Die Eheleute hätten nicht vorhersehen müssen, dass angesichts ihrer Einschränkung eine Umsteigezeit von 45 Minuten nicht ausreichen könnte. In der Folge musste die Airline die Kosten für Ersatztickets übernehmen (BGH, Az.: X ZR 84/22). wb



Gleich QR-Code scannen und anmelden!



Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.

Wechseln Sie zum E-Paper!

Seit zwei Jahren können sich Mitglieder für den Wechsel zur digitalen SoVD-Zeitung entscheiden. Viele haben dies bereits getan und erhalten ihre Mitgliederzeitung schnell und bequem auf ihr Tablet oder Smartphone. Sie schonen dabei auch unsere Umwelt. Ihr Vorteil: Als E-Paper ist die SoVD-Zeitung schneller bei Ihnen als im Postversand. Zudem enthält das E-Paper alle Landesbeilagen sowie weiterführende Links und Videos in Artikeln.

Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Sie können sich auch per Post anmelden. Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:
 Sozialverband Deutschland
 Abteilung Redaktion
 Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Webseite anmelden: www.sovd.de/e-paper

Behindertes Kind darf mit, das Hilfsmittel nicht

Eigentlich wollte Domenik Jung ein paar entspannte Tage mit seiner Familie auf der Nordsee-Insel Norderney verbringen. Vor allem wollte er seinem Sohn Mika den Strand zeigen. Als die Familie aus Hemmingen sich allerdings mit dem Bus auf den Weg dorthin machen wollte, fingen die Probleme an. Denn: Mika ist aufgrund seiner schweren Behinderung auf den Transport in einem Fahrradanhänger angewiesen. Den wollte der Busfahrer jedoch nicht mitnehmen – aus Sicherheitsgründen. Die Familie Jung fühlt sich diskriminiert und beschwert sich. Die Folge: eine Abmahnung und eine Geldforderung vom Anwalt des Busunternehmens.

Seit seiner Geburt ist der zehnjährige Mika Jung aus Hemmingen schwerbehindert – sowohl geistig als auch körperlich. Da er einen Rollstuhl nicht nutzen kann, transportieren die Eltern ihn bei Ausflügen in einem Fahrrad-Anhänger der Firma Thule. Das hat bisher auch immer gut geklappt. „Egal, ob hier zu Hause oder unterwegs im Urlaub, wir konnten den Anhänger problemlos mitnehmen“, erzählt Vater Domenik. Wenn der Anhänger zu groß sein sollte, könne man ihn auch bequem zusammenfallen.

Familie an Haltestelle stehen gelassen

Als die Familie am 25. Mai 2023 während ihres Norderney-Urlaubs an den Strand fahren wollte, gab es allerdings Probleme. „Wir wollten den Bus um 9.40 Uhr am Busbahnhof nehmen und dann zehn Minuten Richtung ‚Strandpieper‘ fahren. Der Plan war, auf dem Hinweg den Bus zu nutzen, den Rückweg wollten wir dann zu Fuß gehen“, berichtet Jung weiter. Doch der Busfahrer habe sich geweigert, den Anhänger mitzunehmen. „Er hat darauf verwiesen, dass dies in den Bussen aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt sei. Mein Sohn könne zwar mitfahren, aber eben ohne den Anhänger“, so der 36-Jährige. „Das ist natürlich völlig sinnlos, da mein Sohn den Anhänger zur Fortbewegung braucht.“

Auch der Hinweis auf die Schwerbehinderung des Kindes habe nichts geändert. „Ehrlich gesagt habe ich die Welt nicht mehr verstanden. Kurz vorher haben wir eine andere Buslinie genutzt, da war die Mitnahme möglich. Außerdem werden ja auch Rollstühle mitgenommen. Der Anhänger misst 80 Zentimeter in der Breite, ist also nur ein bisschen breiter als ein Rolli. Zudem gibt es einen Gurt zur Befestigung und eine Feststellbremse. Ein höheres Sicherheitsrisiko als bei Golfbags, die man im Bus durchaus mitnehmen darf, sehe ich nicht“, kritisiert der Hemminger. Doch all diese Argumente zählen nicht, der Anhänger darf nicht mit. Die Familie gibt frustriert auf und besorgt sich stattdessen eine Fahrerlaubnis für die ansonsten weitestgehend autofreie

Insel. „Das hat mich einen ganzen Urlaubstag gekostet“, erinnert sich Jung.

Juristische Abmahnung und Geldforderung nach Kritik

Wieder zu Hause angekommen, lässt ihm das Ganze keine Ruhe. Er sieht seinen behinderten Sohn benachteiligt, schreibt unter anderem die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) an und verfasst eine negative Rezension bei Google – mit drastischen Konsequenzen: Wenig später erhält die Familie ein Schreiben eines Rechtsanwaltes, den das Busunternehmen Fischer eingeschaltet hat. Der Anwalt mahnt Jung ab und fordert die Entfernung der Rezension sowie eine Entschuldigung unter anderem bei der LNVG und der Stadt Norderney. Außerdem soll er über 300 Euro Abmahngebühr bezahlen. Den Vorwurf der Diskriminierung weist der Anwalt zurück und macht – ebenso wie die LNVG – deutlich, dass es kein Anrecht auf den Transport einer Sache gebe.

SoVD bemängelt Reaktion des Busunternehmens

Jung ist ratlos und wendet sich an den SoVD. „Offensichtlich haben weder die LNVG, das Busunternehmen noch der Anwalt die Problematik richtig verstanden“, ist er sich sicher. Bei dem Anhänger handele es sich schließlich nicht einfach nur um eine Sache, sondern um ein Hilfsmittel für seinen Sohn.

Auch der SoVD ist irritiert über die Herangehensweise. „Im Sinne der Inklusion wäre an dieser Stelle ein anderes Vorgehen angemessen gewesen. Ohne diesen Anhänger kann Mika nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Unserer Auffassung nach hätte es definitiv eine andere Lösung geben müssen“, betont Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD in Niedersachsen. Ihr Kollege und Jurist Frank Rethmeier ist vor allem überrascht darüber, dass das Busunternehmen gleich einen Anwalt eingeschaltet hat. „In einem Gespräch hätte man die Angelegenheit bestimmen regeln können“, ist er sich sicher. In seinen Augen werde hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Jung hat zwar seine



Foto: Monja Fette

Für Ausflüge mit Mika nutzt Domenik Jung einen Fahrradanhänger mit übersichtlichen Maßen. Dieser eignet sich auch als Kinderwagen und ist für das Kind im Alltag ein unerlässliches Hilfsmittel.

Google-Rezension überarbeitet und die anderen Beteiligten informiert, dem Busunternehmen und dem Anwalt geht das jedoch nicht weit genug – sie bestehen auf die Geldzahlung.

Busunternehmen hält an Richtlinien und Gebühr fest

Der SoVD bittet das Busunternehmen um eine Stellungnahme, um das Ganze besser einschätzen zu können. Auch hier antwortet der Anwalt und weist erneut auf das Thema Sicherheit hin. Zudem seien die

Fischer-Busse aufgrund anderer Einsatzbedingungen im Gegensatz zu den anderen Bussen auf der Insel nicht auf die Beförderung von Fahrradanhängern ausgelegt. „Ein Fehlverhalten unserer Mandatschaft ist nach alledem in keiner Weise erkennbar“, heißt es in dem Schreiben. „Das mag ja prinzipiell stimmen. Allerdings werden durch diese starren Vorgehensweisen behinderte Kinder, die auf so einen Anhänger angewiesen sind, ausgeschlossen. Für uns heißt Inklusion aber

auch, Lösungen für solche Probleme zu finden und sich nicht nur an starren Richtlinien festzuhalten“, sagt Lorenz.

Auch Jung hätte sich einen anderen Verlauf gewünscht und sieht es nicht ein, die Abmahngebühr zu zahlen. Da der Anwalt bereits gerichtliche Schritte angedroht hat, ist er sich sicher, dass es keine einvernehmliche Einigung mehr geben wird. „Der Fall wird bestimmt vor Gericht landen. Schade, dass das nötig ist, um meinem Sohn mehr Teilhabe zu ermöglichen.“ sj

Birgit Jungtorius als neues Mitglied in den Landesfrauenausschuss gewählt

Neue Besetzung bei den Frauen

Sachsen-Anhalt In Verbindung mit dem Landesverbandstag des SoVD Mitteldeutschland im Mai stand auch die Neuwahl des Landesfrauenausschusses bei einem Treffen in Magdeburg auf der Tagesordnung.

Im Vorfeld der Sitzung hatte die wiedergewählte Landesfrauensprecherin Monika Lück bereits mit den bisherigen Ausschussmitgliedern über eine weitere Mitarbeit im Ausschuss gesprochen. Monika Wille, Ines Eisenhut und Gudrun Tiedge erklärten sich bereit, in den nächsten vier Jahren weiter mit dabei zu sein. Margot Hoppe und Rita Hutschenreiter verabschiedeten sich. Den beiden dankte Monika Lück mit einem Präsent für ihr Engagement in den vergangenen Jahren und wünschte für die Zukunft alles Gute und beste Gesundheit.

„Ich freue mich ganz besonders, dass ich Birgit Jungtorius für die Mitarbeit in unserem Ausschuss gewinnen konnte“, begrüßte die Landesfrauensprecherin die Wernigeroderin in der Runde. Alle neu gewähl-



Foto: Monika Lück

Birgit Jungtorius (re.) führt die Arbeit von Margot Hoppe im Landesfrauenausschuss Mitteldeutschland fort.

ten Frauen des Ausschusses erhielten eine Rose.

Im weiteren Verlauf des Treffens berichtete Monika Lück über die Themen der Sitzungen

des Frauenpolitischen Bundesausschusses und der 18. Frauen-Alterssicherungskonferenz, die in Berlin behandelt und verabschiedet wurden.

Landesfrauensprecherin bei der Gedenkveranstaltung des KZ Ravensbrück

Erinnern statt vergessen

Sachsen-Anhalt Mit einer Gedenkveranstaltung am 14. Juni erinnerten Vertreter*innen verschiedenster Institutionen an die Geschichte des ehemaligen Frauen- und Männer-KZ in der Magdeburger Liebknechtstraße.

Für den SoVD Mitteldeutschland kam Landesfrauensprecherin Monika Lück zu der Veranstaltung. Die Gedenkreden hielten Nadja Lösch, stellvertretende Vorsitzende des Familien- und Gleichstellungsausschusses des Stadtrates Magdeburg, und Pascal Begrich, Geschäftsführer des Vereins Miteinander e. V.

In ihren Reden erinnerten beide an die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter sowie an deren Schicksal und gingen auf den Beginn der Deportationen und die Ankunft der ersten Frauen 1944 in Magdeburg ein. Sie stellten dar, welche restriktive Situation für Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus bestand.

An der Stelle in der Liebknechtstraße befand sich von 1944 bis 1945 das Konzentrations-Außenlager des Rüstungswerkes Polte AG, des KZ Buchenwald und des Frauen-KZ Ravensbrück. Unter unmenschlichen Bedingungen

mussten über 3.000 Frauen und 600 Männer verschiedener Nationen hier Zwangsarbeit leisten. Der Großteil von ihnen überlebte dieses erbarmungslose, menschenverachtende Lager und den Todesmarsch nach Ravensbrück 1945 nicht.

Die jährliche Gedenkstunde soll dazu beitragen, dass niemand mehr ein solch grausames Schicksal erleiden muss und die Geschichte nicht vergessen wird. Am Ende der Feier legten die Teilnehmenden jeweils ein Rose nieder.



Foto: Monika Lück

Heike Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg, begrüßte die Anwesenden. Musikalisch wurde die Gedenkveranstaltung von Dobrin Stanislawow mit der Violine umrahmt.

Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

nach zähen und monatelangen Verhandlungen über die Krankenhausreform ist jetzt eine wichtige erste Hürde genommen worden. Die grundlegenden Eckpunkte für die Reform wurden beschlossen, Ziel ist eine Neuausrichtung der Kliniklandschaft in Deutschland. In diesem Zusammenhang soll der allgegenwärtige finanzielle Druck aus dem System genommen werden sowie die Qualität der Versorgung steigen. Jetzt gilt es, die Reform zu konkretisieren und mit Leben zu füllen. Für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland ist es fünf vor zwölf. Wir brauchen eine zukunftsfähige, patientenorientierte und qualitativ hochwertige stationäre Versorgung in Deutschland.

Die Abkehr vom Fallpauschalensystem ist richtig. Als Teil der kritischen Infrastruktur muss im Sinne der Patientinnen und Patienten das Vorhalten von Personal und Technik in den Krankenhäusern sichergestellt werden. Zugleich sind einheitliche Strukturvorgaben unverzichtbar. Unsere Bürgerinnen und Bürger in Mitteldeutschland erwarten zu Recht, qualitativ gut und wohnortnah versorgt zu werden. Mit Blick auf die Investitionsdefizite fordern wir die Landesregierungen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen auf, ihrer Verantwortung bei den Investitionskosten der Krankenhäuser nachzukommen. Keinesfalls dürfen wir die ambulante und stationäre Versorgung streng getrennt voneinander betrachten. Sie müssen zusammen geplant und realisiert werden, um eine lückenlose und bestmögliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.



Joachim Heinrich

Joachim Heinrich
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes

Ausstellungseröffnung zur „Einelternfamilie“

Starke Alleinerziehende

Sachsen-Anhalt Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt hatte zur Ausstellungseröffnung „Imagekampagne für Einelternfamilien“ in das Foyer des Landtages in Magdeburg eingeladen.

Der Landesfrauenrat widmet sich dem Thema der Alleinerziehenden. Die Ausstellung wurde gemeinschaftlich mit dem Verein Dornrosa e. V. in Halle entwickelt. Die Ausstellung macht deutlich, dass die Armutsrisiken, die für Einelternfamilien bestehen und die vielfach mit subtilen Diskriminierungen verbunden sind, sich aus der fehlenden Wahrnehmung ihrer speziellen Lebensproblematik ergeben. „Ich sehe es daher als zwingend notwendig“, so Landesfrauensprecherin Monika Lück, die an der Ausstellungseröffnung teilnahm, „dies öffentlich zu thematisieren.“

Alleinerziehende erhalten wenig Unterstützung im Alltag, dabei ziehen sie sozusagen 15 Prozent der Zukunft Deutschlands groß. Als Folge haben sie wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt – obwohl sie wahre Organisationstalente sind, was sie mit der Vereinbarung von Berufs- und Familienarbeit täglich unter Beweis stellen.



Foto: Monika Lück

Die Bilder zeigen den schwierigen Alltag Alleinerziehender.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Mittelbe

Seit 2012 war Jörn Sanftleben Vorsitzender des damaligen Kreisverbandes Genthin, und mit Gründung des Kreisverbandes Mittelbe übernahm er auch hier den Vorsitz. Seit dem 1. Juni hat er nun sein Amt an Peter Siegmund (auf dem Foto re.) weitergegeben. Allerdings unterstützt er den Kreisverband weiter als Stellvertreter. Zudem ist er 2. Landesvorsitzender und Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes.

Von 2015 bis 2019 engagierte sich der Genthiner im Bundesvorstand und ist seit 2021 Beiratsmitglied des Berufsbildungswerkes Stendal und Mitglied des Bundesausschusses für Kriegsoferenschädigung.

Peter Siegmund ist Jahrgang 1958, absolvierte eine Ausbil-



Foto: Monika Lück

Kreisverband Mittelbe

dung zum Kfz-Mechaniker mit Abitur, danach studierte er Maschinenbau. Bis zu seiner Verrentung im Oktober 2021 war er als Kfz-Sachverständiger

tätig. Seinem Engagement ist es zu verdanken, dass das Büro des Kreisverbandes jetzt computertechnisch ausgestattet ist.

Kreisverband Halberstadt

Am 7. Juni traf sich der Kreisverband Halberstadt im Kloster Michaelstein zur einer Führung und Besichtigungen. So konnte man etwa eine Ausstellung über Musikinstrumente besuchen und eines bestaunen, das mit Wasserkraft betrieben wird. Danach saßen die Mitglieder noch bei Kaffee und Kuchen beisammen.

Am 17. Juni war der Kreisverband zudem beim Sommerempfang der Stadt Halberstadt auf dem Petershof eingeladen.

(Zweites Foto, v. li.: Landesvorsitzende Kerstin Römer, Oberbürgermeister Daniel Szarata und Kreisvorsitzender Klaus Schatter)



Kreisverband Quedlinburg

Kreisverband Quedlinburg

Am 25. Mai unternahm der Kreisverband Quedlinburg eine Schiffstour auf dem Großen Goitzschese bei Bitterfeld. Bei Kaffee und Kuchen erfuhren die Teilnehmenden Interessantes: Nicht allen war klar, dass es ein Tagebausee ist, der zu DDR-Zei-

ten durch den Braunkohleabbau entstand. Die Kohle wurde noch bis zur Wende gefördert.

Nach der Rundfahrt ging es gemütlich mit dem Bus nach Hause. „An dieser Stelle wollen wir uns auch bei unserem Busunternehmen ganz herzlich bedanken, zu dem wir schon eine längere Beziehung haben“, so Vorsitzender Gert Wegner. „Nun freuen wir uns auf unser Grillfest, was unseren Mitgliedern auch immer sehr gut gefällt.“

(Auf dem Foto, v. li.: Gert Wegner mit den Mitgliedern Herrmann und Friedel Sanne.)



Kreisverband Halberstadt bei seinem Ausflug



... und beim Sommerempfang der Stadt.

5 Termine

Kreisverband Halle

13. September, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Gesundheitszentrum Silberhöhe, 4. Ebene, Tagungsraum.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: -98. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden s. Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/ 54 50. Sprechstunden: 1. und 3. Donnerstag, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/ 57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/ 77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstr. 5, 39307 Genthin, mobil: 0160/42 13 163. Sprechzeit: 1. Dienstag, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: 1. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/

70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldungen unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunden: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten Montag und ersten Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Siehe Thüringen.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Vereinbarung, Tel.: 03581/87 83 022, Ansprechpartner: Olaf Anders.

Deutschlandticket: SoVD-Landesverband fordert bessere Voraussetzungen

Gut ist nur, was gut gemacht ist

In einer vertretbaren Zeit Deutschland erkunden, zur Arbeit oder Schule fahren, die Kinder und Enkel oder Freund*innen besuchen, soziale Kontakte pflegen, Teilhabe leben: All das kann das 49-Euro-Ticket („Deutschlandticket“) geben. Kann, besser: könnte es. Der SoVD Mecklenburg-Vorpommern übt Kritik.

„Auch für eine solch simple Sache gilt, es geht nur, wenn es funktioniert. Und hier zeigt sich, es kann nicht gehen“, so SoVD-Landesvorsitzender Dr. Helmhold Seidlein. „Es fehlen zum Teil die Software-Voraussetzungen, aber vor allen Dingen fehlt die notwendige ‚Hardware‘, also ausreichend Züge, zumindest Waggon, und ausreichend Manpower, also Mitarbeitende der Bahn, die dies alles umsetzen sollen und können.“

Ökologisch, so Dr. Seidlein, könne es eine Teillösung auf dem Weg zur besseren Reiseumweltbilanz sein. Ökonomisch sei es für den hunderte Millionen Verlust einfahrenden Bahnbetrieb „ein Desaster“. Und für in überfüllten Regionalbahnen auf den Gängen stehende Fahrgäste, dabei Kinder und Ältere, sei das wohl oft die letzte Nutzung des „Wundertickets“.

Zuerst die Bedingungen im ÖPNV verbessern

„Die Zeit ist nicht reif dafür, weil die genannten Voraussetzungen fehlen“, meint er und betont: „Dabei soll man das Projekt nicht vergraben, sondern zügig daran arbeiten, den Fuhrpark und den Personalbe-

stand anzupassen. Letztendlich ist dieses Ticket ja nur der Einstieg in den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Es müssen mehr Waggon und Triebfahrzeuge und mehr Mitarbeitende bereitgestellt werden, als jetzt schon fehlen!“

Der SoVD Mecklenburg-Vorpommern tritt dafür ein, Strecken auszubauen oder zu reaktivieren und einen umweltfreundlichen Verkehrsverbund von Taxi, Bus, Bahn und Schiff zu schaffen – für die hier Lebenden, Arbeitenden, Lernenden und für die Erholung Suchenden.



Foto: daskleineatelier / Adobe Stock

Volle Züge: Das 49-Euro-Ticket ist derzeit nicht gut nutzbar.

Wichtige gesellschaftliche Aufgabe – SoVD begrüßt Investitionen

Kita-Stärkung wird dauern

Der Landesverband begrüßt Verbesserungen für die Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten (Kitas): Die grüne Bundesfamilienministerin Lisa Paus gibt vier Milliarden Euro für Kita-Verbesserungen frei. Das Geld ist auch in Mecklenburg-Vorpommern für bessere Strukturen dringend nötig.

„Viel zu lange versuchte die Politik, die Betreuung für Kinder in Kindergärten nur auf dem Papier sicherzustellen, sie in Wirklichkeit aber in sehr vielen Fällen den Eltern zu überlassen und diese durch Steigerung kinderbezogener Subventionen ‚ruhigzustellen‘“, so Landesvorsitzender Dr. Helmhold Seidlein.

Der SoVD habe sich immer gegen nicht zielorientierte Zahlungen ausgesprochen. Das sei richtig gewesen, denn das Ziel, mehr Kindern hochwertige Betreuung und Vorschulbildung zu ermöglichen, wurde nicht erreicht. „Die hohen Summen an Subventionen wurden einfach falsch ein-

gesetzt“, meint Dr. Seidlein. „Sie konnten nicht zu einer besseren materiellen und vor allem personellen Ausstattung der Einrichtungen führen.“ Das sei aber Voraussetzung, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, dass es für alle Kinder Plätze gibt.

Das werde auch trotz des Umdenkens noch lange dauern. Zu groß sei der Investitionsstau, zu hoch die Zahl unbesetzter Stellen. Die Erzieher*innen-Ausbildung dauert vier Jahre, und viele Ausbildungsplätze sind unbesetzt. Zudem verlassen viele den Beruf vor der Altersgrenze. Eine Ursache hierfür sei laut Dr. Seidlein auch „der Konflikt zwi-

Regionale Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen

Dabei seien regional unterschiedliche Bedürfnisse zu beachten – und es seien ehrliche Informationen nötig.

„Die meisten Menschen in unserem Land haben hier schon gelebt, als der eigene Pkw etwas Besonderes, der öffentliche Nahverkehr aber etwas Alltäglich-Normales war“, gibt der SoVD-Landesvorsitzende zu bedenken. „An diesen Erfahrungen messen sie die Leistungen, die die Politik verspricht und umsetzt – oder nicht umsetzt.“



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

unser Land befindet sich weiter im rasanten Umbau mit teils fatalen Folgen für die Sozialsysteme und alle Bürgerinnen und Bürger.

Unser SoVD hat immer davor gewarnt, bei politisch gewollten Umbauten die Menschen zu vergessen, die mit den Folgen leben müssen. Der SoVD hat zu vielen Aktivitäten der handelnden Politik Stellung bezogen, zustimmend, kritisch betrachtend, ablehnend.

Auch der Umwelt- und Klimaproblematik hat er sich zugewandt. Er hat kritisiert, dass von einem Kampf gegen den Klimawandel eine Besserung erhofft wird, statt sich auch damit zu befassen, was getan werden muss, um mit dem Klimawandel leben zu können. Wärmestuben und Hitzeschutzräume reichen da nicht aus.

Wir kritisieren, dass von jedem neuen Gesundheitsminister Reformen initiiert werden, die nur jedes Mal mit Mehrbelastungen für die Versicherten verbunden sind. Unser SoVD hat vor sozialen Folgen dieser Kostentreiberei gewarnt. Eine würdige Pflege und gute Arbeitsbedingungen für Pflegenden wurden versprochen. Geradezu inflationär waren die Vorhaben, Pflegekräfte aus aller Herren Ländern nach Deutschland zu holen. Gelungen ist dies nicht.

Der Sozialverband Deutschland hat viel zu tun. Wir in MV haben uns für diese Arbeit gut gerüstet, haben auf dem Landesverbandstag Richtlinien erstellt, die konkret, realisierbar und abrechenbar sind.

Erfolge unserer Arbeit in MV sind sichtbar, zum Beispiel auf dem wichtigen Gebiet der Inklusion. Der von der Landesregierung entwickelte und von unserem Verband unterstützte Maßnahmenplan Inklusion 2.0 hat die Inklusion als einen permanenten Prozess vorgebracht. Umgesetzt wurden von den 124 Maßnahmen der Landesregierung 75 Prozent, zum Beispiel:

Fortbildung von 2.000 Lehrkräften im Themenfeld Inklusion, Einführung einer offeneren Schuleingangsphase in den Jahrgangsstufen 1 und 2, Umsetzung des „Landesprogrammes zur Förderung des Übergangs von schwerbehinderten Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf von der Schule in eine betriebliche Ausbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“, Verbesserung der Kommunikation zwischen Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen und der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst, Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift „Technische Baubestimmungen“ hinsichtlich der barrierefreien Gestaltung von öffentlichen Gebäuden und Wohnungen sowie die Förderung des Landes für den Breiten- und Leistungssport von Menschen mit Behinderungen.

Das ist beachtlich und hat für Betroffene spürbare Auswirkungen. Allerdings ist ein Viertel der Vorhaben noch nicht umgesetzt worden. Viele der umgesetzten Maßnahmen nützen auch Menschen ohne Behinderungen.

Dennoch, bedrückende Probleme von Menschen mit und ohne Behinderungen konnten nicht gelöst werden:

- zunehmende Arbeitslosigkeit,
- unzureichender Mindestlohn,
- fehlende Sozialwohnungen,
- Beendigung der Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt und
- Beseitigung der Ursachen von Kinderarmut.

Unser Verband kämpft für soziale Gerechtigkeit im Großen und für die Durchsetzung der individuellen Ansprüche des Einzelnen.

Die Erfolge sind beachtlich. Die Sozial- und Rechtsberatung und die Rechtsvertretung haben auch in diesem Jahr schon einigen Hundert Verbandsmitgliedern zu ihrem Recht verholfen.

Bringen auch Sie sich aktiv in unsere erfolgreiche Arbeit ein! Das Ehrenamt ruft, die Unterstützung durch das Hauptamt ist sehr umfangreich. Wir qualifizieren Sie. In Ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit sind Sie versicherungsrechtlich geschützt.

Ihr Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender



Helmhold Seidlein



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Rostock

Am 12. Juni fuhr der Rostocker SoVD zur Mecklenburger Seenplatte. Zwei Busse nahmen in Warnemünde, Lichtenhagen, Evershagen und Güstrow Teilnehmende auf, ehe es maleisch entlang der Städte und Dörfer ging. Busfahrer Jan Dzarowski erzählte Geschichten und Erdgeschichtliches wie die Entstehung der Seen, Endmoränen und Sander – das weckte Erinnerungen aus der Schulzeit. Dazu gab es viel Neues.

Vorbei am Krakower See und durch schönen Baumbestand ging es zum Langsee bei Neu Sammit mit Schloss. In der Fi-

scherei „Alt Schwerin“ am Plauer See gab es Mittagessen, danach einen See-Spaziergang. Der Bus fuhr weiter Richtung Petersdorfer See, durch Malchow in die Nossentiner/Schwinzer Heide zum Van der Valk Naturresort in Drewitz. Dort wartete vor der Rückfahrt eine Kaffeetafel.

Die Mitglieder dankten ihrem Kreisvorsitzenden Uwe Wernicke für die gute Organisation sowie den zwei Busfahrern für die tolle Durchführung.

Kreisverband Schwerin

Gleich zwei Aktivitäten gibt es aus Schwerin noch zu berichten:

Als Mitglied des Vereins „Haus der Begegnung“ folgte der SoVD am 29. April gern der Einladung dorthin zum Welttanztage und Frühlingfest.

Unter dem Motto „Vielfältige Aktionen und Mitmachangebote“ war der SoVD-Stand diesmal ganz anders gestaltet. Natürlich lagen auch Broschüren und die Flyer für Fahrten aus, aber großen Platz nahmen Holzspiele, Malutensilien und Kinderbücher ein. Auf dem Boden des Innenhofes lagen bunte Gummiringe und Sandsäcke, Groß und Klein übten sich im Zielwerfen. Die Physiotherapie Mann hatte das Material und viele kleine Präsente zur Verfügung gestellt, wofür der Kreisverband sehr dankt. Kinder kamen zum Spielen und Malen, von den Mitgliedern gern unterstützt. So hatten die Eltern Zeit, mit dem SoVD ins Gespräch zu kommen, sich über dessen Arbeit und Vorteile einer Mitgliedschaft zu informieren.

„Berlin ruft!“, hieß es zudem am 5. Juni. Dr. Dietmar Bartsch, MdB (Die Linke), hatte den Schweriner SoVD in den Bundestag eingeladen. Mit 50 Mitgliedern und Nichtmitgliedern war die Tagestour binnen we-



Foto: Bernd Memmener

Kreisverband Rostock / Bad Doberan

niger Tage ausgebucht. Wahlkreismitarbeiter Rainer Reschke begleitete sie.

Es gab umfangreiche Einlasskontrollen, ehe alle auf der Besuchertribüne des Plenarsaals Platz nahmen und dem Vortrag zur Geschichte des Reichstagsgebäudes folgten. Im Anschluss kamen sie mit Dr. Bartsch zu sozialpolitischen Themen ins Gespräch. Für die vielen Fragen reichte die Zeit nicht aus.

Nach einem Rundgang durch die Kuppel gab es im Paul-Löbe-Haus Mittagessen mit Spreerblick, später eine Stadtrundfahrt und Abendessen am Potsdamer Platz. In der Abendsonne über der Metropole waren sich alle einig: „Det war dufte – Berlin, ick komme wieder!“

Auf der Rückfahrt informierte

Kreisvorsitzende Andrea Preuß-Borowsky die Nichtmitglieder über den SoVD. Prompt waren die Flyer vergriffen und sogar Mitgliedsanträge gewünscht.



Kreisverband Schwerin

5 Termine

Kreisverband Rostock / Bad Doberan

5. September, 15 Uhr: Vortrag von Rechtsanwalt und Landesgeschäftsführer Donald Nimsch über Änderungen bei Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung, mit Frageunde. Im „Gemeinsamen Haus“, Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock-Evershagen. **Anmeldung bis zum 4. September.**

9. September: Exkursion in die Wildnis – mit Bus und Fähre über die Ostsee zum Safaripark „Knuthenborg“ in Dänemark. Abfahrt: Warnemünde 7.40 Uhr, Lichtenhagen 7.50 Uhr, Evershagen – Ehm-Welk-Straße (Bushaltestelle) 8.05 Uhr. Kostenbeitrag: 15 Euro pro Mitglied. **Anmeldung bis zum 3. September.**

Anmeldungen unter Tel.: 0381/76 96 130 (KV) oder 0177/87 43 828 (Uwe Wernicke, mobil) oder per E-Mail: info@sovd-rostock.de.

Kreisverband Schwerin

9. September: kostenloser Tagesausflug „Heidekutschfahrt in Schneverdingen“ mit Besuch der Firma „Wenatex“ in Hannover, Morgensnack, Mittagsimbiss, Kaffee und Kuchen. Infos auf der Homepage: www.sovd-schwerin.de, **Anmeldung erforderlich.**

15. September, ab 16 Uhr: Grillfest im Haus der Begegnung. Eintritt: Mitglieder 7,50 Euro, Nichtmitglieder 8,50 Euro, inklusive Snack und zwei Getränken. **Anmeldung bis zum 5. September.**

Anmeldungen in der Geschäftsstelle oder bei der 1. Kreisvorsitzenden Andrea Preuß-Borowsky, Tel.: 0152/52 13 20 93 (mobil).

Ortsverband Schwerin-Dreesch

11. September, 14 Uhr: Infonachmittag mit Apotheken-Vortrag zur Verträglichkeit von Medikamenten, Café Kisch, Wohnanlage Egon-Erwin-Kisch-Straße 17. Info beim Vorsitzenden Karl-Heinz Müller.

Kreisverband Wismar

6. September, 10 Uhr: Frühstück.

19. September, 13 Uhr: Geburtstagskaffee.

Rechtsberatung

Grevesmühlen / Wismar: 27. September; **Neubrandenburg / Demmin:** 6. September (Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle Rostock); **Güstrow / Schwerin:** 13. September; **Parchim:** 20. September (Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle Rostock). Es berät Doreen Rauch.

Grimmen: 5. September; **Greifswald:** 12. September; **Rügen / Stralsund:** 19. September; **Röbel:** 26. September. Es berät Donald Nimsch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.



Kreisverband Schwerin



Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpom-

mern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.



Briefe an die Redaktion

„Lebensbedrohliche Engpässe“

In dieser Rubrik veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Post an: SoVD, Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zu „Mangelhafte Versorgung mit Arzneimitteln“, Seite 3 der Juni-Ausgabe, schreibt Holger Ohmacht (per E-Mail, Hessen):

Wir möchten uns von ganzem Herzen bei Ihnen bedanken, dass Sie sich der Thematik angenommen haben. Wir können gar nicht genug betonen, wie sehr wir und Millionen andere Menschen unter den derzeitigen Umständen leiden [...]! Es ist besonders schwerwiegend und lebensbedrohlich, da es bei zwei Medikamenten [...], für die es keine Alternativen gibt, zu einem regelrechten „Lieferengpass“ gekommen ist. Die genauen Gründe für diese Situation sind uns nicht ersichtlich. Es ist unklar, ob dies mit einer erneuten Zulassung der Medikamente oder mit tatsächlichen Engpässen [...] zusammenhängt [...].

Zu „Leiser Verkehr birgt Gefahren“, Seite 6 im Juni, meint Horst Kaesebier aus Ronnenberg:



Foto: lubero/Adobe Stock

Medikamente können lebensnotwendig sein. Dass auch in Deutschland zuletzt einige Vorräte knapp wurden, macht Betroffenen Angst.

Mit modernen E-Mobilen (Tesla u. a.) können Sie keinen Fußgänger überfahren, da sie sogenannte Fahrassistenz-Systeme eingebaut haben bis zu Autopiloten, die das Überfahren normalerweise gar nicht zulassen. Völlig vergessen

wird, dass die [...] überhöhten Geschwindigkeiten das Problem sind und moderne Verbrenner gleich laut oder leise fahren [...]. Es wäre besser, sich auf eine allgemeine Einführung von Notfallassistenz-Systemen [...] zu konzentrieren.

Erbrecht-Ratgeber der Verbraucherzentrale

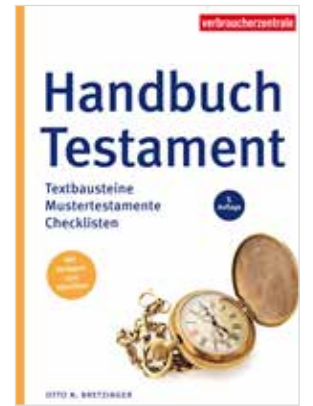
Hilfe beim Testament

Erbschaften und Vermächtnisse sind für Hinterbliebene ein trauriger, aber häufiger Weg, an Vermögen zu kommen – für manche der einzige. Und spätere Erblasser*innen möchten klar festlegen, wer nach ihrem Tod was erhält. Gar nicht so leicht! Ein Handbuch hilft.

Knapp 60 Milliarden Euro Vermögen wurden im letzten Jahr laut Statistischem Bundesamt (Destatis) übertragen. Am häufigsten waren Bankguthaben, Wertpapiere, Anteile, Genussscheine und Grundvermögen. Das müssen keine Reichtümer sein. Selbst wenn es um wenig Geld geht: Ratsam ist, früh dafür zu sorgen, dass alles läuft wie gewünscht. Ohne Testament regelt das gesetzliche Erbrecht die Weitergabe. Das endet nicht immer, wie es den Verstorbenen recht gewesen wäre. In der Regel geht das Vermögen an die nächsten Verwandten, also Kinder oder Ehepartner*in. Und Alleinstehende könnten zum Beispiel wollen, dass die Erben, die sie pflegen.

Das aktualisierte „Handbuch Testament“ der Verbraucherzentrale (VZ) soll beim Erben und Vererben helfen. Es lotst durch Formen der Vermögensübertragung, erklärt Testament, Erbvertrag und Schenkung und wie man Vermögen schon zu Lebzeiten weitergibt. Enthalten sind Muster für Testamente und Verfügungen sowie das Thema „Patchworkfamilien“.

Den Ratgeber gibt es im Buchhandel und in VZ-Beratungsstellen. Man kann ihn auch bestellen, unter Tel.: 0211 / 38 09 555 oder online auf: www.ratgeber-verbraucherzentrale.de. VZ/ele



Otto N. Bretzinger: Handbuch Testament. Textbausteine, Mustertestamente, Checklisten. Verbraucherzentrale NRW, 240 Seiten, ISBN: 978-3-86336-190-7, 18 Euro.

Anzeigen

Günstige Preise 2023/2024 - direkt vom deutschen Reiseveranstalter!



JAWA-Reisen
Kur & Wellness



Beispielbild

(K)urlaub auf der Sonneninsel Usedom

Inklusiv - Reiseleistungen:

- ✓ 14-tägige Reise auf die Sonneninsel Usedom
- ✓ 13 Nächte inkl. Frühstücks- und Abendbuffet sowie ausgewählte alkoholfreie Getränke
- ✓ 20 Kuranwendungen (z.B. klassische Teilmassage, Fango-/ Moorpackung, Wirbelmassage, Wassergymnastik, Wirbelmassage für Hände und Beine, Vibrationsmassage, Aquavibron, Diadynamik, Laser, Iontophorese, Magnetotherapie, Interdyn, Inhalation, Sollux, Ultraschall) und 1 medizinische Konsultation
- ✓ Nutzung von Schwimmbad und Whirlpool während der Öffnungszeiten
- ✓ Willkommensgetränk
- ✓ 2x kulturelle Veranstaltungen
- ✓ 1x Stadtrundfahrt in Swinemünde
- ✓ Kundenvorteilskarte (erhältlich bei der Reiseleitung)
- ✓ deutschsprachige Betreuung vor Ort
- Zusatzleistungen über Weihnachten & Silvester:**
- ✓ 12x Mittagessen als 3-Gang-Menü inkl. Salatbuffet
- ✓ Festliches Weihnachtsmenü am 24., 25. und 26.12.23
- ✓ Silvesterfeier mit Live-Musik und Silvestermenü
- Optional buchbar:**
- ✓ Haustürtransfer mit Minibus ab € 99,- (Hin- & Rück)

Ihre Urlaubsregion: Bietet alles um sich bestens zu entspannen und die tägliche Routine hinter sich zu lassen. Das Reizklima an der See kommt vor allem der Haut- und den Atmungsorganen zugute, es fördert zudem die Durchblutung und stärkt die Abwehrkräfte. 1.800 Sonnenstunden im Jahr, ein breiter Sandstrand, wilde Dünen, die längste Strandpromenade Europas und ein Streifen balsamischen Kieferwaldes machen die **Sonneninsel Usedom** seit Jahren zum beliebten Ferienziel für Urlauber und Kurgäste. Erkunden Sie bei einem tollen **Inklusiv-Ausflug** Swinemünde, einem der attraktivsten Kurorte, der sich in der letzten Zeit stark weiter entwickelt hat. Die **20 inkludierten Kuranwendungen** lindern Beschwerden, halten Sie fit und steigern einfach das allgemeine Wohlbefinden.

So wohnen Sie: In einem von uns ausgesuchten Kur- & Wellnesshaus **** aus dem JAWA-Reisen Programm. Alle Zimmer sind mit Bad bzw. DU/WC, Telefon sowie Sat-TV ausgestattet. Sie haben es **maximal 200m weit bis zur Strandpromenade**, auf der Sie bei Spaziergängen das hervorragende Ostsee-Klima nach Herzenslust genießen können.

Informationen: Es gelten die Allgemeinen Reise- und Zahlungsbedingungen der JAWA-Reisen GmbH. Die Transferpreise variieren je nach Wohngebiet, die genauen Preise können wir Ihnen jederzeit durchgeben. Die Reise ist für Gäste mit Mobilitätseinschränkungen nicht geeignet. Weitere zahlreiche Reiseangebote finden Sie unter www.jawa-reisen.de.

kein EZ - Zuschlag!
(in Vor- und Nachsaison)

AKTIONS-ANGEBOT: Jeder Reisegast spart

150 €

nur bei Buchung bis zum 20.09.2023 mit

Rabatt-Code: SoVD23

statt ab 540 €

390 €

schon ab

Preise & Termine 2023/2024 in €/Person		
Termine	Preise für 13 Übernachtungen	
Anreise am Sa oder So	Doppelzimmer	Einzelzimmer
26.11.-10.12.23	390 statt 540	390 statt 540
12.11.-25.11.23 06.01.-02.02.24	455 statt 605	455 statt 605
29.10.-11.11.23 03.02.-01.03.24	494 statt 644	494 statt 644
30.09.-28.10.23 02.03.-22.03.24	546 statt 696	793 statt 943
23.03.-26.04.24	598 statt 748	858 statt 1008
27.04.-31.05.24	689 statt 839	975 statt 1125
16.12.-05.01.24	780 statt 930	988 statt 1138

Zusatzkosten pro Tag (zahlbar vor Ort): Kurtaxe ca. € 1,20/Pers.; Parkplatz ca. € 8,- bis € 15,-/PKW;

Veranstalter: JAWA-Reisen GmbH
Giersstr. 20 • 33098 Paderborn
info@jawa-reisen.de

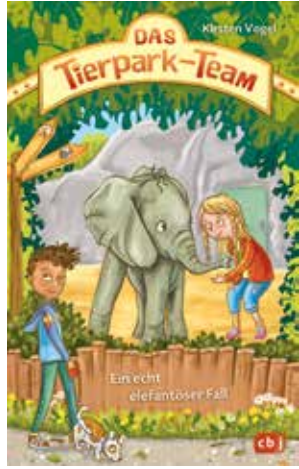
Jetzt buchen: 05251 - 390 900
(Mo. - Fr. 9 - 17 Uhr)



Tipp für Kinder

Das Tierpark-Team

Elli Schäfer hat ein elefantengroßes Herz für Tiere. Geht es einem ihrer Schützlinge im Zoo am Stadtrand nicht gut, ermittelt die Tierflüsterin zusammen mit ihrem besten Freund Tom. Denn gemeinsam sind sie das Tierpark-Team – das unschlagbare Duo für tierische Fälle aller Art!



Ihr neues Abenteuer beginnt damit, dass Elefantenkuh Kira mit ihrem Baby zurück in den Zoo kommt. Doch die Ankunft gestaltet sich schwierig, denn Kira verhält sich plötzlich äußerst schreckhaft. Elli und Tom sind besorgt: Was hat das Tier so verstört? Als Tierpark-Team setzen sie gemeinsam alles daran, diesen elefantösen Fall zu lösen und Kira zu helfen. Aber was sie dabei herausfinden, hätten sie niemals erwartet.

Kirsten Vogel: *Das Tierpark-Team. Ein echt elefantöser Fall.* Cbj Kinderbücher, 192 Seiten, ab 8 Jahren, ISBN: 978-3-570-17998-7, 12 Euro.

Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann löse das Rätsel in Rolands Rätselecke! Deine Lösung schickst du mit dem Betreff „Das Tierpark-Team“ per E-Mail an: verlosung@sovde.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.



Rolands Rätselecke

Spiegeltrick mit Elefanten

Nanu, bei dieser Herde an Dickhäutern stimmt etwas nicht: Im Wasser spiegelt sich nur einer der insgesamt neun Elefanten. Kannst du herausfinden, zu welchem Tier das Bild auf dem Teich gehört? Die dazugehörige Nummer ist die gesuchte Lösung – viel Erfolg!



Grafik: nataljacernecka / Adobe Stock



Verflixter Irrgarten

Wege unter Wasser

So alleine durchs Meer zu schwimmen, ist keine Freude. Doch welcher Weg führt diese beiden schuppigen Tierchen zusammen? Die Lösung findest du auf Seite 18.



Grafik: GabiWolf / Adobe Stock



Voll engagiert

Fußball kennt keine Grenzen

Viele Menschen in Deutschland spielen gerne Fußball. Doch für Kinder und Jugendliche, die eine geistige Behinderung haben, ist das gar nicht so leicht. Denn in den „normalen“ Fußballvereinen stoßen sie leider oft auf Ablehnung. Bei dem Projekt „Team Bananenflanke“ ist das anders. In vielen Städten gibt es Vereine mit diesem Namen, bei denen wirklich alle miteinander trainieren können. Das nennt man Inklusion. Welche Rolle dabei eine Banane spielt, das erklären wir dir jetzt.

Wenn sich deine Eltern oder Großeltern für Fußball interessieren, dann kennen sie vielleicht noch den Spieler Manfred „Manni“ Kaltz. Er wurde 1980 mit der deutschen Nationalmannschaft Europameister. Bekannt war er vor allem dafür, dass er den Ball in einem Bogen in den Strafraum der gegnerischen Mannschaft schießen konnte. Eine solche krumme Flanke nannte man damals scherzhaft „Bananenflanke“.

Weil auch im Alltag von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung nicht immer alles „gerade“ läuft, wählte das Team Bananenflanke die gebogene Frucht zu ihrem Maskottchen. Unter dem Motto „Fußball kennt keine Grenzen“ wollen die Bananenkicker zeigen, dass Sport für alle da ist.

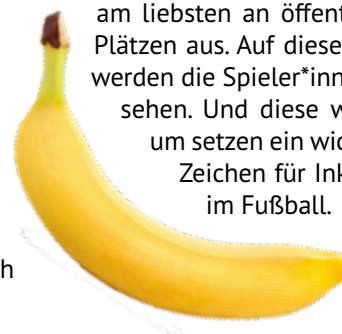
Neben dem Spaß am Spiel erfahren die jungen Fußballer*innen dabei auch viel Anerkennung für ihren Einsatz. Im Team feiern sie gemeinsam Erfolge, erleben aber natürlich auch Niederlagen.



Fotos: Team Bananenflanke e.V.; JooCludio / Adobe Stock

Das Team Bananenflanke zeigt, dass eine Behinderung niemandem den Spaß am Fußball verderben muss.

Spiele und Turniere trägt das Team Bananenflanke am liebsten an öffentlichen Plätzen aus. Auf diese Weise werden die Spieler*innen gesehen. Und diese wiederum setzen ein wichtiges Zeichen für Inklusion im Fußball.



Wie enorm erfolgreich sie damit sind, zeigte zuletzt der „Legendentag“. Zu dieser Veranstaltung trafen Bananenflanken-Teams aus München und Regensburg auf ehemalige Profis aus der Bundesliga, darunter Lothar Matthäus und Claudio Pizarro. Und die waren vor allem von der Spielfreude und der Leidenschaft der Kinder beeindruckt.

 **Zeitmaschine**

Reform des Notrufsystems

Eine Woche vor seinem neunten Geburtstag wurde Björn Steiger 1969 von einem Auto angefahren. Erst nach einer Stunde traf ein Krankenwagen ein. In diesem aber gab es damals weder einen Notarzt noch eine medizinische Versorgung. Der Junge starb auf dem Weg ins Krankenhaus an einem Schock. Fortan machten es sich seine Eltern mit einer nach ihrem Sohn benannten Stiftung zur Lebensaufgabe, den Aufbau eines Rettungswesens in Deutschland voranzubringen. Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass am 23. September 1973 die bundesweiten Notrufnummern 110 und 112 eingeführt wurden.

Ende der 1960er-Jahre gab es in der Bundesrepublik Deutschland nur in einigen Großstädten einen einheitlichen Notruf. War jemand außerhalb einer solchen Metropole auf Hilfe angewiesen, musste man erst einmal die Nummer der nächsten Polizei- oder Feuerwache im Telefonbuch nachschlagen. Auch rund um die Uhr besetzte Rettungsleitstellen gab es nicht. Deren Aufbau und eine Vereinheitlichung des Notrufsystems, so die Erklärung der damals politisch Verantwortlichen, sei zu teuer.

Damit aber wollten sich Ute und Siegfried Steiger nach dem Tod ihres Sohnes nicht mehr zu Frieden geben. Sie wandten sich an Hilda Heinemann. Von der Frau des Bundespräsidenten erhielt das Paar moralischen Zuspruch – und eine Liste mit den Telefonnummern aller Minister.

Um politisch wirksam Druck zu erzeugen, fehlte es allerdings auch den Steigers am nötigen Kleingeld. Mit Gleichgesinnten sammelten die Eheleute daher Altpapier. Von dem



Foto: Bernd Weißbrod / picture-alliance / dpa

Nach dem Tod ihres Sohnes stellten sich Ute und Siegfried Steiger viele Fragen. Warum etwa hatten damals viele Taxis Sprechfunk – Krankenwagen aber nicht? Sie machten sich daran, dies zu ändern.

Erlös gründeten sie zunächst einen Verein, die spätere Björn Steiger Stiftung. Ihr war die Einführung eines einheitlichen Notrufsystems vor 50 Jahren zu verdanken. Doch die Stiftung, das Lebenswerk der Familie, stieß noch viele weitere, bahnbrechende Veränderungen an. Zu diesen gehörten unter ande-

rem Notrufsäulen am Straßenrand oder auch die Luftrettung. Vor Jahren schilderte Siegfried Steiner einen bewegenden Moment. Damals sei eine 19-Jährige auf ihn zugekommen und habe gesagt: „Dass ich am Leben bin, verdanke ich Ihnen.“ Ein Baby-Notarztwagen der Stiftung habe ihr das Leben gerettet.

 **Buchtipp**

Die Rettung der Pflege

Bereits in wenigen Jahren könnte die Zahl der Pflegebedürftigen auf sechs Millionen steigen. Dann fehlen voraussichtlich 500.000 Pflegekräfte. Schon heute kann kaum jemand einen Platz im Pflegeheim aus eigener Tasche bezahlen. Doch mit Geld allein, davon sind Reimer Gronemeyer und Oliver Schultz überzeugt, wird sich die Pflegekatastrophe nicht abwenden lassen.

In ihrem Buch entwerfen die Autoren das Bild einer „Caring Society“: Nur wenn alle gemeinsam anpacken, wird sich die Pflegekrise abwenden lassen. Nur, wenn wir als Gesellschaft bereit sind, umzudenken, werden in Zukunft menschenwürdige Pflege und ein besseres Leben im Alter möglich.

Reimer Gronemeyer, Oliver Schultz: Die Rettung der Pflege. Kösel, 192 Seiten, ISBN: 978-3-466-37294-2, 20 Euro.



Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Die Rettung der Pflege“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.

 **Denksport**

Wörter als Brücke

EDEL	_____	KOHLE
KARTOFFEL	_____	SCHÜSSEL
HAUPT	_____	PLAN

SCHNEE	_____	KAMMER
ABEND	_____	ZEICHEN
KINDER	_____	PLATZ
MEISTER	_____	STAHL
KLEIN	_____	AUTOMAT
REGEN	_____	HERR
FRAGE	_____	BLOCK

Foto: vadim_orlov / Adobe Stock

Wir haben in jeder Reihe zwischen zwei Begriffen Platz gelassen. Das gesuchte Wort kann am Ende des ersten und am Anfang des zweiten Begriffes stehen, zum Beispiel „Schirm“ in Bildschirm und Schirmständer. Die Striche entsprechen der Zahl der Buchstaben. Die Auflösung finden Sie auf Seite 18 dieser Ausgabe.

 **Gib's doch gar nicht, oder?**

Die Frucht der Enthaltensamkeit

Die rot leuchtende Maraschino-Kirsche wurde traditionell in Alkohol eingelegt und als Zierde von Cocktails verwendet. In den USA verschwand sie im Zuge der Prohibition jedoch vom Markt. Ihren Platz nahm eine industriell und alkoholfrei produzierte Belegkirsche ein. Vor einigen Jahren allerdings geriet diese vermeintlich harmlose Frucht im Zusammenhang mit einer anderen Droge in die Schlagzeilen.

Eingelegt in Zucker und ausgestattet mit diversen Farb- und Aromastoffen, traten alkoholfreie Kirschen in den 1920er-Jahren ihren Siegeszug in Nordamerika an. Unterstützt durch die Abstinenzbewegung verdrängte die einheimische Frucht bald schon ihren in Likör getränkten, ausländischen Obstkonkurrenten, die Maraschino-Kirsche, vom Markt.

Zuletzt stammte fast jede dritte in den USA produzierte Cocktailkirsche aus Brooklyn. Dieser Umstand allerdings war es nicht, der dem dort ansässigen Unternehmen Dell's im Februar 2015 unverhofft zu weltweiter Bekanntheit verhalf.

Einem Beamten fiel bei der Kontrolle der Abwässer damals ein merkwürdiger Geruch auf.



Foto: Petre / Adobe Stock

Wenngleich industriell hergestellte Cocktailkirschen ohne Alkohol auskommen, haftet ihnen doch etwas Verruchtes an.

Er ging diesem nach und entdeckte unterhalb der Fabrik eine beachtliche Produktion von Marihuana. Noch während

der Untersuchung zog sich der Firmenchef von Dell's, Arthur Mondella, unter einem Vorwand zurück und erschoss sich.

Buchtipps

Der Pakt

Caroline hat geschworen, das Gesetz zu schützen. Dabei ahnt niemand, dass sie es schon längst gebrochen hat. Als sie mitten in der Nacht zu einer Lagebesprechung gerufen wird, scheint ihre größte Sorge wahr zu werden: In einem abgelegenen Forsthaus gab es eine Explosion, die mehrere Menschen das Leben gekostet



hat. Zwei Teenager sind auf der Flucht. Caroline soll die Tatverdächtigen aufspüren. Das aber ist das Letzte, das sie will. Denn mit einer der Flüchtigen verbindet Caroline ein düsteres Geheimnis aus ihrer Vergangenheit. Je näher sie den Flüchtigen kommt, desto größer wird die Gefahr für sie selbst.

Drehbücher für Serien wie „Danni Lowinski“ oder „Türkisch für Anfänger“ machten Benedikt Gollhardt bekannt. Sein hochgelobter Thriller „Westwall“ wurde ebenfalls verfilmt.

Benedikt Gollhardt: Der Pakt – Zwei Frauen. Eine Flucht. Und ein dunkles Geheimnis. Penguin, 384 Seiten, ISBN: 978-3-328-10670-8, 16 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Der Pakt“ per E-Mail an: verlosung@sovvd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.

Hätten Sie's gewusst?

Ein Fürstentum auf hoher See

Haben Sie schon einmal von dem Fürstentum Sealand („Principality of Sealand“) gehört? Hierbei handelt es sich um einen umstrittenen Scheinstaat knapp zehn Kilometer vor der Küste Englands. Dessen Hoheitsgebiet besteht lediglich aus einer Plattform aus Stahl, die auf zwei Betonsäulen in der Nordsee ruht. Im Zweiten Weltkrieg diente die Seefestung zur Abwehr deutscher Angriffe.

Im September 1967 besetzte Patrick Roy Bates, ein früherer Major der britischen Armee, die verlassene Plattform. Von dort sollte ein Piratensender das Vereinigte Königreich mit den Hits der Beatles und der Rolling Stones versorgen. Denn die wurden von den staatlichen Sendern damals nicht gespielt.

Da sich das Konstrukt außerhalb britischer Hoheitsgewässer befand, rief „Fürst Roy“ Sealand zu einem souveränen Staat aus. Juristisch und mit Waffengewalt wehrte sich dessen Bevölkerung, Familie Bates nebst Freunden, bis heute erfolgreich gegen Ein- und Angriffe von außen.



Foto: Ryan Lackey / Creative Commons

Sealand ist als Staat nicht anerkannt. Vielleicht liegt es daran, dass die Nation nur etwa halb so groß wie ein Fußballfeld ist.

Redensarten hinterfragt

Es ist einfach wie vernagelt

Die eigene Begriffsstutzigkeit oder die gedankliche Eingeschränktheit anderer lässt sich mit dieser Redewendung bildhaft sehr schön umschreiben. Denn wenn etwas vernagelt ist, geht auch keine Erkenntnis mehr hinein. Hat sich diese Metapher also möglicherweise ein Handwerker ausgedacht?

Obwohl das sprichwörtliche Brett vor dem Kopf durchaus mit ihrer Herkunft zu tun haben mag, stammt die Redewendung wohl nicht aus dem Baumarkt. Eine weit verbreitete Deutung verortet ihre Abstammung eher im militärischen Bereich.

Mussten Truppen bei einer Schlacht in aller Eile vor dem Gegner fliehen, ließen sie ihre von Pferden gezogenen Kanonen zurück. Damit der Feind diese nicht gegen sie selbst verwenden konnte, trieben sie einen langen Stift fest in das Zündloch. Die Geschütze waren dadurch wie vernagelt.



Foto: pixs:sell / Adobe Stock

Wenn etwas oder jemand vernagelt ist, will einfach nichts gelingen.

Des Rätsels Lösung

Was gehört in die Federtasche? (Ausgabe Juli / August, Seite 16)

Das gesuchte Lösungswort lautete „Schulanfang“.

Wege unter Wasser (Verflixter Irrgarten, Seite 16)

Den richtigen Weg findest du auf dem Bild eingemalt.

Wörter als Brücke (Denksport, Seite 17)

Und, waren Sie erfolgreich?

Vielleicht haben Sie sogar Wortkombinationen gefunden, die uns entgangen sind. Das jedenfalls sind unsere Lösungen:

- Edel STEIN kohle,
- Kartoffel SALAT schüssel,
- Haupt STADT plan,
- Schnee BESEN kammer,
- Abend STERN zeichen,
- Kinder SPIEL platz,
- Meister DIEB stahl,
- Klein GELD automat,
- Regen SCHIRM herr,
- Frage ZEICHEN block.



Variante: LEICHT

	5			7	8	3
9			6		7	
		5			1	9
6	9	8	4			7
2			5			9
	4	2	6			1
	7	9		5		
		6	7			4
8	2	6		5		

Auflösung des Vormonats

6	3	7	8	5	9	4	2	1
5	9	4	7	1	2	6	8	3
8	1	2	6	3	4	7	9	5
3	2	1	4	7	5	9	6	8
9	4	6	2	8	3	1	5	7
7	8	5	1	9	6	2	3	4
4	5	3	9	6	1	8	7	2
1	6	8	5	2	7	3	4	9
2	7	9	3	4	8	5	1	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

			2	5				
4				9	8		6	2
			6			1		
7	6					4		3
		4		6		7		
3	2						1	9
		6			4			
8	9		7	2				5
			8	1				

Auflösung des Vormonats

2	5	7	8	3	6	9	1	4
9	3	6	4	1	2	8	5	7
1	8	4	9	7	5	6	3	2
4	9	5	7	8	1	2	6	3
7	2	3	6	5	4	1	8	9
6	1	8	2	9	3	4	7	5
5	6	2	3	4	8	7	9	1
3	4	9	1	6	7	5	2	8
8	7	1	5	2	9	3	4	6

Möchten Sie einen weiteren (hier nicht abgebildeten) Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovvd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.



Mit spitzer Feder



Buchtip

UNSERE KLASSENLEHRERIN
MEINT, IN DIESEM SCHULJAHR
DARF KEINER SITZENBLEIBEN.



Herr Winter taut auf

Robert Winter hat keine Lust auf Geschwätz und es ist ihm egal, was andere Menschen über ihn denken. Sie sollen ihn einfach nur in Ruhe lassen. Deshalb versteht er auch überhaupt nicht, was seine Frau Sophia an ihrem Beruf als Avon-Beraterin so liebt. Für ihn sind Schönheitsprodukte das Letzte, womit er seine Zeit verbringen möchte. Als jedoch ein Unfall Sophia aus seinem Leben reißt, ändert sich das schlagartig. Um nicht in Trauer zu ertrinken, beschließt Robert, in ihre Fußstapfen zu treten und für Sophia den Titel „Avon-Beraterin des Jahres“ zu gewinnen. Nur ist das schwerer als gedacht.



Stefan Kuhlmann: Herr Winter taut auf. Rowohlt Taschenbuch, 352 Seiten, ISBN: 978-3-499-01223-5, 14 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Herr Winter taut auf“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.

kurzer Schlag beim Tennis	alt-römisches Obergewand	ugs.: gesund, guter Laune	Stadtteil der Hptst. Ungarns	nord-amerik. Gras-ebene	norwegischer Dichter † 1906	Zunge am Schuh	ugs.: aufgebraucht	Heu-, Mistgabel	dt. Name von Wroclaw (Polen)	Zweiergruppe	Er-schöpfung	gottesfürchtig
							verlangen				7	
östr.: Rahm		4			folglich, mithin				Währung in Deutschland			Monokel
Durchbruchstal der Enns						11	eine Tonart		Fluss in der Picardie	8		
			10		Stadt in Schleswig-Holstein		ugs.: widerwärtiger Mensch		französisch: Freund			
norddt.: Brotendstück, -rinde	ital. Hartkäse		Dienststelle e. Geistlichen	elektr. Schwingungszustand				bargeldloser Zahlungsverkehr	Romanfigur bei Kästner		Koseform von Ilona	
Teil des Auges							zweiter griech. Buchstabe	freundlich, verzeihend			6	
				5	Zeltpflock	kleiner Junge (Kosewort)			Verbandstoff			
ugs.: Geck	Hafen auf Fehmarn		süddt.: in diesem Jahr					12	elegantes Einfamilienhaus	Vorn. der TV-Moderatorin Bause		
altes Flächenmaß					Bau-, Schreibweise			3	maxim. Benzin-zufuhr chem. Element			
Bergstock bei St. Moritz			aromatisches Getränk		Krankenpfleger (Kurzwort)				früherer russischer Herrschertitel	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS		
Nebendarsteller, Komparse						9	bayer. Donau-Zufluss					
					Stadt bei Bologna (Italien)			2				
tragendes Teil (Kfz)	früherer Berliner Flughafen			1			Nachtlokal			0305		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. September einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzwörterrätsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Impressum

SoVD - Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Nancy Gühne (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 120, Mobil: 0179/61 04 719, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 2. Quartal 2023 insgesamt 394.602 Exemplare.



Apotheken Umschau – immer besser informiert



Mit vielen Sofort-Tipps für Ihre Gesundheit



Mit Forschung und Wissenschaft



Mit Ratschlägen für eine gesunde Ernährung

JETZT in Ihrer Apotheke!

Lesen, was gesund macht.



Spar-Luchs Special im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- 7 Tage / 6 Übernachtungen inkl. reichhaltigem Frühstücksbuffet
- 6 Mittag- und Abendessen vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- Wohlfühl- und Erlebnispaket mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- 20% Rabatt auf Hotel-Wellness-Angebot und 10% Rabatt auf Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- Eintritt Luftfahrtmuseum Wernigerode • Wertgutschein Hotel-Shop

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 27.09.23
 Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
 Zzgl. Energiekostenpauschale 3,00€/Erw./Nacht.

je Erw. im DZ **558,- €**

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.



Dagmar Manzel („Tatort“) entspannt sich am liebsten bei der Arbeit im Garten

Noch Erde unter den Nägeln

Ob als Maria Stuart oder als „Tatort“-Hauptkommissarin – sie brilliert in jeder Rolle. Zwischen ihren Engagements kümmert sich die Hobby-Gärtnerin zum Ausgleich hingebungsvoll um ihre Tomaten. Am 1. September feiert die Schauspielerin und Sängerin Dagmar Manzel ihren 65. Geburtstag.

Mehr als vier Jahrzehnte ihres bisherigen Lebens stand die Ostberlinerin auf der Bühne oder vor einer Kamera. Langweilig wurde es Dagmar Manzel dabei nie. Die Vielfalt der Rollen, verriet sie vor einigen Jahren dem Deutschlandfunk, mache sie sehr glücklich.

Dabei ging sie als junge Frau heimlich zur Schauspielschule. Sie dachte, das würde eh nichts. Doch damit lag Manzel falsch – auch wenn es unfreiwillig komisch war, als ihre Luise aus Schillers „Kabale und Liebe“ bei der Abschlussprüfung berlinerte.



Foto: Eventpress/IMAGO

Dagmar Manzel und Rolf Lassgård trafen sich zur Premiere ihres Films „Ein großes Versprechen“ letztes Jahr in Berlin.



Foto: Maike Angelina Simon/ZDF

An der Schwelle zum Erwachsenwerden müssen Charline (15) und Saif (15) die Weichen für ihre berufliche Zukunft stellen.

ZDF-Reportage zeigt Alltag in einem Problembezirk

Hauptschulklasse 9a

Sechs Monate lang begleitete ein Filmteam die Klasse 9a an der Adolph-Kolping-Hauptschule in Köln-Kalk. Der Dreiteiler gibt Einblicke in Unterricht und Privatleben der Heranwachsenden.

Im Mittelpunkt stehen der aus dem Irak stammende Saif und Charline, die bei ihrer alleinerziehenden Mutter lebt. Während sich Charline mit einem Hauptschulabschluss zufriedengeben würde, möchte Saif gerne Bauingenieur werden. Doch dafür benötigt der Jugendliche unbedingt einen Realschulabschluss. Unterstützt werden die beiden von ihrem Klassenlehrer Sascha Vrzogic.

Die erste Folge von „Hauptschulklasse 9a“ läuft am 10. September um 18 Uhr im ZDF und ist zudem in der Mediathek verfügbar.

Klaas Heufer-Umlauf spricht Missstände offen an

Den Finger in der Wunde

Für Aufsehen sorgten er und Joko Winterscheidt 2021: Ihre Doku in Echtzeit zeigte die Sieben-Stunden-Schicht einer Pflegekraft. Am 22. September wird Klaas Heufer-Umlauf 40 Jahre alt.

Als Gastgeber der Sendung „Late Night Berlin“ geht es ihm um informative Unterhaltung. Doch Klaas Heufer-Umlauf, der in seinem ersten Beruf Friseur war, widmet sich immer wieder auch ernsthaften Themen.

Gemeinsam mit Joko Winterscheidt trotzte er ProSieben immer wieder Sendezeit ab. In dieser prangerten sie sowohl den Pflegenotstand („#Nicht-Selbstverständlich“) als auch Sexismus („Männerwelten“) an. Auf Instagram verhalfen sie zuletzt im Iran protestierenden Frauen zu Aufmerksamkeit.



Foto: APress/IMAGO

Spaßmacher mit Tiefgang: Klaas Heufer-Umlauf.

Eine Arztserie machte Gaby Dohm bekannt – und lässt sie bis heute nicht los

Krankenschwester der Nation

Lange Jahre spielte sie am Münchner Residenztheater eine breit gefächerte Palette an Rollen. Und doch verbinden viele mit ihr bis heute vor allem die Schwester Christa aus der ZDF-Serie „Die Schwarzwaldklinik“. Am 23. September begeht die Schauspielerin Gaby Dohm ihren 80. Geburtstag.

Als Regisseur Ingmar Bergman seinen Film „Szenen einer Ehe“ als Theaterstück auf die Bühne brachte, spielte Gaby Dohm die Hauptrolle – und erhielt hierfür den Publikumspreis. Privat dagegen lebt die gebürtige Salzburgerin ohne Trauschein.

In der Serie „Das Traumschiff“ spielte sie kürzlich eine Frau, die sich neu verliebt und prickelnde Momente erlebt. Diese Romantisierung des Alters, gab Gaby Dohm im Gespräch mit dem Portal t-online zu, hält sie für „Schmarrn“. Am Älterwerden schätze sie rein gar nichts.



Foto: Future Image/IMAGO

Im Frühjahr war Gaby Dohm (li.) bei der Unterhaltungssendung „Verstehen Sie Spaß?“ mit Barbara Schöneberger zu Gast.

Schauspieler André Henicke träumte sich als Jugendlicher auf ferne Planeten

DDR-Flucht im Raumschiff

Sein markantes Gesicht kennt man unter anderem aus dem Kinofilm „Der Untergang“ oder aus der Krimireihe „Polizeiruf 110“. Schon früh schrieb der Darsteller auch Science-Fiction-Geschichten, um dem Alltag zu entfliehen. Am 21. September wird der Schauspieler und Autor André Henicke 65.

Oft scheint der hagere und irgendwie kränklich wirkende Darsteller bei seinen Rollen auf Bösewichte abonniert zu sein. Vor allem wortkarge Menschen, die sich in einer aussichtslosen Lage befinden, stellt der aus dem Erzgebirge stammende Henicke überzeugend dar.

Der Blick in den Abgrund ist ihm dabei auch aus eigener Erfahrung vertraut. Neben Drogen und Alkohol warf ihn auch der Tod seiner Mutter zeitweise aus der Bahn. Doch all dies konnte André Henicke inzwischen zum Glück hinter sich lassen.



Foto: Eventpress/IMAGO

V. li.: André Henicke, Volker Schlöndorff und Gojko Mitic auf der Berlinale 2020 mit ihrem Preis der italienischen Filmkritiker.

www.sovd.de

